SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Ziviles Peacekeeping: Dokumentation einer Fachtagung vom 1. November 2014

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Bund für Soziale Verteidigung e.V. (2015). *Ziviles Peacekeeping: Dokumentation einer Fachtagung vom 1. November 2014* (Hintergrund- und Diskussionspapier, 39). Minden. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-419395

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.
Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 39 / Januar 2015 ISSN 1439-2011

Ziviles Peacekeeping

Dokumentation einer Fachtagung vom 1. November 2014

Hrsg: Bund für Soziale Verteidigung

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden, Germany
Tel.: +49 571 29456
Fax: +49 571 23019
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:
Sparkasse Minden-Lübbecke
BLZ 490 501 01
Konto 89 420 814
IBAN DE73 490501010089 420814
Swift-Code WELADED1MIN

Der BSV ist Mitglied dieser Organisationen:
European Network for Civil Peace Services
Forum Crisis Prevention
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskooperative
Nonviolent Peaceforce
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Hrsg: Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Redaktion: Christine Schweitzer
Alle Fotos: BSV

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 39
Januar 2015
ISSN 1439-2011
3 €

Inhalt

1. Einleitung (Christine Schweitzer) 5
2. Ziviles Peacekeeping (Christine Schweitzer) 7
2.1 Die Ausprägungen zivilen Peacekeepings 9
2.2 Aufgabenfelder und Aktivitäten 12
2.3 Wie Ziviles Peacekeeping "funktioniert" 13
2.4 Internationale politische Anerkennung 13
2.5 Anregungen an die deutsche Politik 14
3. Nonviolent Peaceforce (Stephan Brües und Outi Arajärvi) 15
3.1 Ausbildung der Friedensfachkräfte 16
3.2 Finanzierung von Nonviolent Peaceforce 16
3.3 Unterstützung durch die internationale Zivilgesellschaft 16
3.4 Beispiele aus der Praxis 16
3.5 Schutzmaßnahmen für die Friedensfachkräfte 20
4. Gewaltvermindernde Arbeit in Deutschland an einem Beispiel: Entwicklung des lokalen Friedens mit globaler Bedeutung (Dieter Lünse) 21
Auszüge aus der Diskussion 25
5. Kritische Rückfragen aus der Perspektive der EZ (Bernd Ludermann) 26
5.1 Anfragen 26
5.2 Auszüge aus der Diskussion 28
5.3 Fazit von Bernd Ludermann 29
6. Ist ziviles Peacekeeping eine Alternative zu Militäreinsätzen? (Winfried Nachtwei) 31
6.1 Grundsätzliches 31
6.2 Trends 31
6.3 Stärken und Leistungen von zivilem Peacekeeping 33
6.4 Alternative zu Militäreinsätzen? 34
7. Wie hört sich das Konzept für eine Abgeordnete an? (Ute Finckh-Krämer) 35
8. Die Positionen der Kirchen (Theodor Ziegler) 38
8.1 Kirchliche Friedensethik – ein Veränderungsprozess 38
8.2 Peacekeeping durch Personen-Begleitung – Anknüpfungspunkte bei der EKD bzw. Gliedkirchen 38
8.3 Konkretionen 39
9. Ausblick (Christine Schweitzer) 41
Wichtige Literatur 43

Abbildungen

Bild 1 Wurzeln und Typen Zivilen Peacekeepings 11
Bild 2 Aufgaben Zivilen Peacekeepings 12
Bild 3 Trainingsphasen 18

1. Einleitung

Christine Schweitzer

Die Entwicklung, das Bekanntmachen und die praktische Umsetzung von konstruktiven Alternativen zu Rüstung und Militär sind Kernaufgaben des Bund für Soziale Verteidigung (BSV). Schon seit seinen Anfängen hat er sich mit gewaltfreier Intervention in internationale Konflikte beschäftigt. Projekte im Raum des ehemaligen Jugoslawiens (Balkan Peace Team), ein Einsatz im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes in Palästina und die langfristige Unterstützung von Bürgerrechtsgruppen in Belarus waren und sind besondere Schwerpunkte der Arbeit. Darüber hinaus hat der BSV auch die internationale Initiative Nonviolent Peaceforce (NP) seit ihrer Gründung mitbegleitet und personell an wichtigen Stellen mitgewirkt – so ist bis heute ein Vorstandsmitglied des BSV, Outi Arajärvi, auch Mitglied im Vorstand von NP.

Aber das, was Nonviolent Peaceforce (und andere, ähnliche Organisationen) machen, ist in Deutschland bislang kaum bekannt: „Unarmed Civilian Peacekeeping", im Deutschen zu „zivilem Peacekeeping" verkürzt, ist ein Begriff, den die Vereinten Nationen und etliche europäische Regierungen kennen, die solche Arbeit fördern – in Deutschland ist es noch ein Fremdwort. Der BSV hat sich vorgenommen, das zu ändern. Mit einer zunächst auf zwei Jahre angelegten Kampagne möchte er dazu beitragen, dass das Konzept in Öffentlichkeit, Wissenschaft und Friedensbewegung bekannt und von der deutschen Politik unterstützt wird.

Ziviles Peacekeeping ist der Schutz von ZivilistInnen vor Gewalt in Konfliktsituationen durch unbewaffnete ZivilistInnen. Diese sind vor Ort präsent und wenden vielfältige Instrumente an, um Gewalt zu verhindern oder zumindest Menschen vor den Auswirkungen solcher Gewalt zu bewahren.

Am 1. November 2014 hat der BSV ein Fachgespräch zu dem Thema durchgeführt. Es fand in Berlin statt und war mit ca. 35 TeilnehmerInnen gut besucht. Dieses Hintergrund- und Diskussionspapier dokumentiert die Beiträge des Fachgesprächs.

Das Papier beginnt mit einer allgemeinen Einführung in die Thematik „Was ist ziviles Peacekeeping?" von Christine Schweitzer, Geschäftsführerin des BSV. Anschließend erläutern Outi Arajärvi (Mitglied im Internationalen Rat von Nonviolent Peaceforce) und Stephan Brües (Co-Vorsitzender BSV und Koordinator der deutschen Arbeitsgruppe zu NP) das Konzept anhand der Arbeit der Nonviolent Peaceforce (NP). Eingeleitet wurde die Präsentation durch einen kurzen Film, der die verschiedenen Einsatzfelder der Nonviolence Peaceforce zeigte. Die verschriftlichte Fassung des Beitrags geht über das im Fachgespräch Vorgetragene deutlich hinaus und beantwortet u.a. einige der Fragen, die im Laufe des Fachgesprächs gestellt wurden.

Um die Wichtigkeit und Aktualität von Gewaltprävention innerhalb Deutschlands aufzuzeigen, folgte ein Beitrag von Dieter Lünse, dem Leiter des Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation (ikm) in Hamburg. Er referierte über die gewaltverhindernde Arbeit in Deutschland am Beispiel seiner Tätigkeiten in Hamburg-Harburg, wo er Trainings mit SchülerInnen zu Mediation, Streitschlichtung und Umgang mit Gewalt durchführt. Auf den ersten Blick mag es überraschend sein, dass wir in eine Veranstaltung zum zivilen Peacekeeping das Thema Gewaltprävention in Deutschland mit einbauten. Einzelne TeilnehmerInnen fragten auch, was denn das eine mit dem anderen zu tun habe. Die Antwort ist einfach: Zum einen haben ziviles Peacekeeping und innergesellschaftliche Präventionsarbeit einige Ansätze, Aktivitäten und Wirkungsmechanismen gemeinsam – Frühwarnung, Dialog, Aufbau von Vertrauen zu allen Konfliktparteien spielen in beiden Bereichen eine Rolle. Zum anderen darf ziviles

Peacekeeping nicht auf die Arbeit internationaler, externer Fachkräfte reduziert werden, sondern es sind öfters, z.B. bei Nonviolent Peaceforce, externe und einheimische Fachkräfte, die gemeinsam an der Gewaltprävention arbeiten. Bei der Gewaltprävention in Deutschland sind es zumeist allein solche einheimischen Fachkräfte, um in der Terminologie zu bleiben – internationale gewaltfreie Intervention ist (leider) immer noch etwas, das (aus unserer Perspektive gesehen) in Drittländern, nicht bei uns zu Hause stattfindet.

Um eine kritische Sichtweise aus der Entwicklungszusammenarbeit auf das Konzept des zivilen Peacekeepings in unser Fachgespräch einzubinden, luden wir Bernd Ludermann, Chefredakteur der Zeitschrift „welt-sichten" ein, der das Konzept kritisch reflektierte und viele Fragen stellte, die sich durch die Diskussionen des gesamten Tages zogen. Einige dieser Fragen wurden in dem hier abgedruckten Beitrag zu Nonviolent Peaceforce nachträglich beantwortet, das sollte die LeserInnen nicht irritieren. Der ansonsten chronologische Aufbau dieser Dokumentation wurde durch die nachträgliche Verschriftlichung an einigen Stellen durchbrochen.

Am Nachmittag setzte sich die kritische Reflektion und Diskussion des Konzeptes „ziviles Peacekeeping" fort. Eingeleitet wurde er von Winfried Nachtwei, Co-Vorsitzender im Beirat zivile Krisenprävention und ehemaliges Mitglied des Bundestages für Bündnis 90/Die Grünen. Er referierte über die Frage, ob ziviles Peacekeeping eine Alternative zu Militäreinsätzen sein könne, oder ob es eher eine Ergänzung zu diesem sei.

Um zu klären, wie die Idee des zivilen Peacekeepings in Politik und Gesellschaft verbreitet werden könnte, luden wir anschließend Dr. Ute Finckh-Krämer, langjährige BSV-Vorsitzende, die seit 2013 für die SPD im Deutschen Bundestag sitzt, dazu ein, das Konzept aus der Sicht einer Abgeordneten zu reflektieren.

Schließlich stellten wir uns die Frage, ob das Konzept in den Kirchen eine Rolle spielen könnte. Hierzu sprach Theodor Ziegler der Evangelischen Landeskirche Baden. Er sieht seine Kirche auf dem Weg heraus aus der Kriegslogik und meinte, dass das zivile Peacekeeping gut als praktisches Konzept zu einer auf der Friedenslogik basierenden Sicherheitspolitik passe.

Nach den Präsentationen gab es noch eine Einheit mit drei Arbeitsgruppen, um die verschiedenen Ansätze weiter zu diskutieren. Als Abschluss des Fachgesprächs kamen alle Teilnehmenden noch einmal im Plenum zusammen, um die Diskussionsergebnisse der Kleingruppen zu präsentieren. Diese Einheit haben wir nicht dokumentiert; ihre Ergebnisse sind stattdessen in den Ausblick eingeflossen.

Wichtige Literatur, die mehrfach zitiert wird, kann in dem Literaturverzeichnis am Ende dieses Papieres nachgeschlagen werden.

Wir danken allen ReferentInnen und TeilnehmerInnen für ihre Mitwirkung, für die Unterstützung bei der Erstellung der Dokumentation unseren beiden Praktikantinnen Tanja Hildebrandt und Gül Akbal sowie für die Arbeit des Gegenlesens Sine Kranich und Stephan Brües.

Minden, im Januar 2015
Christine Schweitzer

2. Ziviles Peacekeeping

Christine Schweitzer

Krieg und Gewalt gehören weiterhin zum Alltag in vielen Teilen der Welt. Gerade dieses Jahr hat nicht nur die Fortsetzung schon länger bestehender bewaffneter Konflikte gesehen (u.a. Syrien, Mali, Afghanistan, DR Kongo, Südsudan, Libyen, Gaza), sondern auch das Wiederaufflammen oder Neuentstehen von Kriegen in weiteren Ländern (Ukraine, Zentralafrikanische Republik, IS im Irak u.a.). In all diesen Konflikten ist es die Zivilbevölkerung, die am meisten unter ihnen zu leiden hat und oftmals auch gezielt angegriffen wird. ZivilistInnen werden Opfer militärischer Angriffe. Schwere Menschenrechtsverletzungen werden von Armeeangehörigen und Milizen begangen und die Zahl der Menschen, die weltweit auf der Flucht vor bewaffneten Konflikten ist, hat dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen zufolge 2014 die Zahl von 51 Millionen überstiegen.

Unter den Stichworten „Schutzverantwortung" („R2P"), „humanitäre Interventionen" und jüngst „Deutschlands Verantwortung in der Welt" wird immer wieder der Einsatz von Militär zum Schutz von Zivilbevölkerung vor Gewalt in Krisensituationen debattiert. Menschen müssen vor Gewalt und schweren Menschenrechtsverletzungen geschützt werden, aber das wird nicht immer von denjenigen geleistet, die dafür eigentlich zuständig wären, nämlich von den Regierungen der betreffenden Länder.

Wenn es um die Frage des Einsatzes internationalen Militärs geht, dann sind vielfach eher andere politische, ökonomische und geostrategische Erwägungen als humanitäre ausschlaggebend. Und auch die Wirksamkeit militärischer Interventionen darf in Frage gestellt werden: Gewöhnlich wird für humanitäre Interventionen eher mit den Beispielen geworben, wo Militär versagt hat (Ruanda, Srebrenica), als mit denen, wo solche Interventionen erfolgreich ZivilistInnen vor Schaden bewahrt hätten. Internationale Peacekeeping-Missionen, die selbst tödliche Gewalt einsetzen, um solche Gewalt zu stoppen, können in den Augen der Kontrahenten im Konfliktgebiet selbst als Kriegspartei angesehen werden. Das kann die Zahl der Opfer in die Höhe treiben.

Und auch Traumatisierung von Zivilbevölkerung kann durch ‚noch mehr Militär' eher verstärkt werden; die Rückkehr zu zivilem, gewaltlosen Umgang mit Konflikten wird verzögert.

Dazu kommt: In vielen bewaffneten Konflikten in Vergangenheit und Gegenwart gibt es kein Peacekeeping von Seiten der UN oder anderer internationaler Seite. In diesen Situationen ist die Zivilbevölkerung oftmals erst recht schutzlos der Gewalt ausgesetzt, denn i.d.R. können die Staaten selbst ihre Sicherheit nicht gewährleisten, und Hilfsorganisationen haben zumeist weder das Mandat noch die Expertise, hier einzuspringen. Und selbst wo UN-PeacekeeperInnen oder internationale Beobachtungsmissionen präsent sind, steht der Schutz von Zivilbevölkerung oftmals nicht im Mittelpunkt ihrer Mandate.

Aus all diesen Gründen stellt sich die Frage, ob es nicht Situationen gibt, in denen das Ziel des Schutzes von Zivilbevölkerung auch durch unbewaffnete, aber unparteiliche und international zusammengesetzte Beobachterteams erreicht werden kann. Hierzu sind in den letzten zwanzig Jahren einige Erfahrungen gesammelt worden. Sowohl staatlicherseits als auch durch Nichtregierungsorganisationen (NROs) sind Missionen zivilen, unbewaffneten Peacekeepings in Konfliktgebiete entsendet worden und haben zeigen können, dass Schutz ohne Waffen in vielen Situationen möglich ist.

Ziviles Peacekeeping ist der Schutz von ZivilistInnen vor Gewalt in Konfliktsituationen durch unbewaffnete ZivilistInnen. Diese sind vor Ort präsent und wenden vielfältige Instrumente an,

Gewalt zu verhindern oder zumindest Menschen vor den Auswirkungen solcher Gewalt zu bewahren.

Ziviles Peacekeeping ist damit ein Sonderfall von dem, was im Deutschen oftmals als „gewaltfreie Intervention" bezeichnet wird. Seine Aufgabe ist allein die Gewaltverhinderung, um auf diese Weise Raum zu schaffen für jene, die die Konflikte nachhaltig zu bearbeiten suchen.

Diese Aufgabe kann von internationalen und einheimischen ZivilistInnen wahrgenommen werden.

Exkurs: Peacekeeping

Der Begriff "Peacekeeping" dürfte seine Ursprünge bei den Vereinten Nationen haben. Die "UN Emergency Force" (UNEF 1), die 1956 in Reaktion auf die Invasion Ägyptens durch britische und französische Truppen während der Suezkanal-Krise geschaffen wurde, war die erste UN-Intervention, die als "Peacekeeping"-Mission bezeichnet wurde. UNEF definierte gleichzeitig, was heute als klassisches militärisches Peacekeeping verstanden werden kann.[1]

Während solche Peacekeeping-Missionen[2] immer noch durchgeführt werden, haben sich seit 1988 neue Formen des Peacekeepings entwickelt. Diese neueren Typen sind oft multidimensional insofern, als dass sie Wiederaufbau, Nationenbildung, Unterstützung von Zivilgesellschaft und andere Peacebuilding-Aufgaben mit umfassen.[3] Die PeacekeeperInnen sind schwer bewaffnet, werden oft unter Kapitel VII der UN-Charta entsandt, mächtige Staaten nehmen an den Missionen teil, und die Soldaten operieren gewöhnlich in einem Umfeld, das sehr anders als das von klassischen Peacekeeping-Missionen ist – einem Umfeld innerstaatlichen Konflikts, bei dem eine oder mehrere Seiten den PeacekeeperInnen gegenüber feindlich eingestellt sind.

Das heute beinahe schon traditionelle Bild von leichtbewaffneten Blauhelm-Soldaten, die umringt von neugierigen Kindern auf irgendeiner Straße stehen, ist heute aufgrund dieser Entwicklungen und aufgrund von Kriegen wie denen in Afghanistan und Irak, die fälschlicherweise der internationalen Öffentlichkeit als 'humanitäre Interventionen' präsentiert werden,

---

[1] Doch wie so oft ging die Realität ihrer Benennung voraus. Es gab bereits mindestens zwei Missionen des Völkerbundes nach dem 1. Weltkrieg, die in die gleiche Kategorie fallen würden, darunter die "Saar International Force" 1934-1935. Sie wurde in das Saarland geschickt, um die Volksabstimmung zu überwachen, die mit der Rückkehr der Region zu Deutschland nach 15 Jahren internationaler Herrschaft durch eine vom Völkerbund eingesetzte Kommission endete (siehe Ramsbotham, Oliver and Woodhouse, Tom (1999) *Encyclopedia of International Peacekeeping Operations*. Santa Barbara: ABC-CLIO:130.)

[2] Diese Missionen wurden durch fünf Prinzipien geleitet:

1. Zustimmung der Konfliktparteien zu der Einrichtung der Mission;
2. Gewaltanwendung nur in Selbstverteidigung;
3. freiwillige Entsendung von Truppenkontingenten durch kleinere oder mittlere neutrale Länder;
4. Unparteilichkeit;
5. unmittelbare Kontrolle der Operation durch den Generalsekretär der UN.

Siehe Ramsbotham & Woodhouse 1999:xi. Diese fünf Prinzipien wurden durch den damaligen Generalsekretär Hammarskjöld und den kanadischen Diplomaten Lester Pearson festgelegt.

[3] Siehe Ramsbotham & Woodhouse 1999:xiii ff. 2014 gab es 16 Peacekeeping-Missionen der Vereinten Nationen mit mehr 120.000 Menschen (103.600 SoldatInnen und PolizistInnen, 11.700 zivilem Personal und 1.800 UN-Freiwilligen) mit jährlichen Kosten von rund 7 Milliarden US-Dollar (siehe http://www.un.org/en/peacekeeping/resources/statistics/factsheet.shtml). Die Europäische Union hatte im Oktober 2014 17 Missionen, deren Bandbreite von rein polizeilichen Beratermissionen zu (fünf) militärischen Einsätzen reicht (s. http://www.eeas.europa.eu/csdp/missions-and-operations/). Dazu kommen noch Einsätze der NATO und der Afrikanischen Union.

ersetzt worden durch das Bild eines NATO-Soldaten in Kampfuniform in einem gepanzerten Fahrzeug, der voller Angst vor terroristischen Anschlägen herumfährt.

Doch in der gleichen Zeit, in der das stattfand, was als die "Militarisierung von Peacekeeping" bezeichnet werden könnte, hat auch das Konzept alternativen Peacekeepings durch unbewaffnete ZivilistInnen an Bedeutung gewonnen.

2.1 Die Ausprägungen zivilen Peacekeepings

Beispiele solchen zivilen Peacekeepings umfassen unter anderem die Arbeit der internationalen NRO Nonviolent Peaceforce u.a. in den Philippinen (Mindanao) und Südsudan, die Wahlbeobachtung der Mission des Weltkirchenrats EMPSA 1994 in Südafrika, die Truce Monitoring Group/Peace Monitoring Group in Bougainville 1997 und Folgejahre, die Kosovo Verification Mission der OSZE 1998-99 und viele weitere Projekte und Organisationen, die hier nicht alle aufgezählt werden können.[4]

In der (zumeist englischsprachigen) Literatur finden sich neben "zivilem Peacekeeping" – einem Begriff, der von Charles Walker schon 1981 verwendet wurde – verschiedene Begriffe, die mehr oder weniger dasselbe Konzept beschreiben:

- Friedensarmee (Shanti Sena in Hindi), ein Konzept, das auf Gandhi und Abdul Ghaffar Khan in den 1930er Jahren zurückgeht);[5]
- Gewaltfreie Intervention über Grenzen hinweg (Moser-Puangsuwan & Weber 2000);
- Gewaltfreie Intervention durch Drittparteien (third-party nonviolent intervention-TPNI). Dieser Begriff findet sich oft in der gewaltfreien Bewegung in den USA. Es ist unklar, wer ihn zuerst geprägt hat);
- Peace Force (vielleicht am besten als "Friedenskräfte" zu übersetzen; ein Begriff, der zuerst von dem britischen Abgeordneten Henry Usborne in einem Vorschlag benutzt wurde, eine unbewaffnete Truppe zu senden, um die demilitarisierte Zone zwischen Ägypten und Israel 1956 zu patrouillieren);
- Eine Peace Force, die sich zwischen die Fronten stellt ("interpositionary peace force");
- Friedensbrigaden (World Peace Brigade, Peace Brigade International)
- Weltpolizeikräfte (ein Begriff, der vermutlich auf den britischen Abgeordneten Richard Acland 1958 zurückgeht);[6]
- Weißhelme (ein Begriff, der im Kontext von Lobbyarbeit entwickelt wurde und sich auf den Vorschlag unbewaffneter UN-Kräfte bezieht);[7]
- Peace Teams, ein Begriff, der in den 1980ern und 1990ern in Mode kam und von einer größeren Anzahl von Organisationen benutzt wurde, um ihre Arbeitsweise zu charakterisieren (z.B. Christian Peacemaker Teams, Balkan Peace Team, etc.).

Aktivitäten, die unter die Überschrift zivilen Peacekeepings gefasst werden können, haben eine Geschichte, die mindestens bis in die 30er Jahre des letzten Jahrhunderts zurückgeht

---

[4] Siehe die Machbarkeitsstudie der Nonviolent Peaceforce, Schweitzer et al. 2001. Das Friedensmuseum Nürnberg und der BSV haben 2014 eine Ausstellung mit dem Titel „Wirksam ohne Waffen" erstellt, die einige Beispiele darstellt. Sie kann beim BSV ausgeliehen werden.

[5] Der Fokus liegt bei zivilem Peacekeeping natürlich auf externen Akteuren. Doch es darf nicht übersehen werden, dass es oft die lokalen Gemeinschaften und BürgerInnen sind, die die ersten Akteure in Bezug auf ihren eigenen Schutz sind. Und natürlich gibt es auch Länder, wo Organisationen entstanden sind, die sich selbst als einheimische PeacekeeperInnen verstehen (z. B. Bantay Ceasefire in den Philippinen). Die Bekanntesten hier sind natürlich die erwähnten Shanti Sena in Indien, die vor allem aus Menschen bestanden, die in ihrer eigenen Gemeinde lebten und arbeiteten.

[6] Schweitzer et al 2001.

[7] Siehe Moser-Puangsuwan & Weber 2000.

und Gandhis Konzept einer Shanti Sena als Vorbild hatten. Ziviles Peacekeeping, wie es sich heute darstellt, hat verschiedene Quellen oder Wurzeln, wie die unterschiedliche Terminologie, die oben benannt wurde, schon illustriert:

1. Die erste war Gandhis Konzept einer Friedensarmee (Shanti Sena), das zwischen den beiden Weltkriegen in Europa bekannt wurde und als eine Art von Verteidigungsorganisation auf Gemeindeebene durch Gandhis Nachfolger Vinoba Bhave ab 1957 realisiert wurde.
2. Diese Idee wurde mehrfach von EuropäerInnen (vor allem in Großbritannien) aufgegriffen, die (meist ohne Erfolg) versuchten, "Friedensarmeen" aufzubauen, um sich in bestimmten kriegerischen Konflikten zwischen die Fronten zu stellen.[8]
3. Verwandt mit den ersten beiden sind verschiedene Vorschläge von Individuen und Organisationen, die zumeist an die Vereinten Nationen (und seit den 1990ern auch an die Europäische Union) gerichtet wurden, eine stehende unbewaffnete Peacekeeping-Truppe zu schaffen.[9]
4. Eine vierte Quelle sind die verschiedenen Freiwilligendienste, die seit dem 1. Weltkrieg entstanden sind und zum Ziel haben, durch Freiwilligenarbeit zu Versöhnung (insbesondere zwischen jungen Menschen) beizutragen (Service Civil International, die verschiedenen christlichen Dienste usw.)
5. Die letzte Quelle der Inspiration war natürlich das militärische Peacekeeping.

Von diesen fünf Quellen her haben sich verschiedene Typen Zivilen Peacekeepings entwickelt:

1. Verschiedene Peace Team Organisationen mit ziemlich unterschiedlichen Herangehensweisen, Methoden und Philosophien. An dem einen Ende des Spektrums steht vermutlich Peace Brigades International. PBI wurde 1981 gegründet und hat sich auf unparteilichen Begleitschutz von MenschenrechtsaktivistInnen spezialisiert, was es erfolgreich in vielen Ländern durchführt bzw. durchgeführt hat (Guatemala, El Salvador, Kolumbien, Sri Lanka, Nepal, Indonesien, Kenia u.a.). Am anderen Ende des Spektrums sind Gruppen – oftmals christlicher Orientierung – die sich in Solidaritätsarbeit mit Menschen engagieren, die sie als unterdrückt wahrnehmen, besonders in Ländern, in denen die Vereinigten Staaten (Heimat der meisten dieser Gruppen) involviert sind.[10]
2. Die 1990er sahen die ersten größeren zivilen Missionen mit einem Schutz-Mandat, die von Regierungen oder internationalen Organisationen entsendet wurden. Die European Community (später European Union) Monitoring Mission (ECMM / EUMM) im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren und später in anderen Ländern (z.B. Georgien), die von der OSZE entsandte Kosovo Verification Mission (KVM) im ehema-

[8] Der erste war wahrscheinlich der Vorschlag einer britischen anglikanischen Pastorin, Maude Royden, eine gewaltfreie „Armee" zu organisieren, um in den Krieg zwischen Japan und China zu intervenieren. 1931 hatte Japan die Mandschurai besetzt, und 1932 drohten die Kämpfe wieder auszubrechen. Royden war durch Gandhi inspiriert, den sie persönlich getroffen hatte. Zusammen mit zwei Unterstützern veröffentlichte sie den Vorschlag im London Daily Express, und machte später den gleichen Vorschlag gegenüber dem Völkerbund, der ihn ignorierte. Aufgrund des Fehlens von sowohl Freiwilligen (es fanden sich 1.000, aber man hatte mit deutlich mehr gerechnet) und Geldmitteln scheiterte das Projekt. Die InitiatorInnen arbeiteten jedoch noch einige Jahre an ihrer Idee weiter und schickten für rund zwei Jahre ein Team von Freiwilligen nach Palästina. Die Initiative endete schließlich mit Beginn des 2. Weltkriegs (siehe Thomas Weber, 'A History of Nonviolent Interposition and Accompaniment', in: Moser-Puangsuwan & Weber Hrsg. 2000).

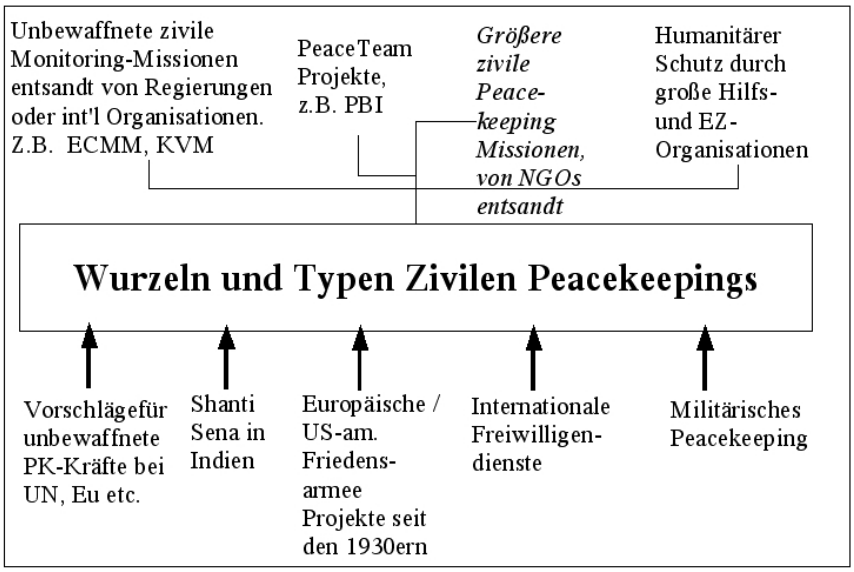
[9] Siehe Schweitzer et.al 2001, Anhang zu Kapitel 2, für eine Liste solcher Vorschläge.

[10] Kurzfristige Aktionen wie Friedensmärsche, -karawanen und dergleichen werden hier ausgeklammert, wie sie während des 2. Irakkriegs 1991 und zwischen 1992 und 1995 in Bosnien-Herzegowina stattfanden, da sie gewöhnlich strukturell unfähig sind, eine nachhaltige Wirkung auf einen Konflikt auszuüben.

ligen Jugoslawien 1998-1999 sowie die Truce / Peace Monitoring Group in Bougainville[11] sind hier Beispiele.

3. In den letzten zehn Jahren haben Hilfs- und Entwicklungsorganisationen (auch Menschenrechtsorganisationen) in zunehmendem Maße begonnen zu realisieren, dass humanitärer Schutz eine Aufgabe ist, der sie sich bei ihrer Planung und Arbeit im Feld stellen müssen.
4. Der vierte Typ ist erst in der Entwicklungsphase: Unbewaffnetes Ziviles Peacekeeping in großem Maßstab durch NROn. Die Nonviolent Peaceforce hat sich (wie es auch viele ihrer Vorgänger taten) zum Ziel gesetzt, zu einer Größe zu wachsen, die es ihr erlauben wird, so viele zivile PeacekeeperInnen zu entsenden, dass ein Vergleich mit Peacekeeping-Missionen von Regierungen möglich ist. Aber trotz schnellem Fortschritts und wachsender Anerkennung durch eine Zahl von Regierungen, die ihre Arbeit finanzieren, muss sie dieses Ziel erst noch erreichen.[12]

Bild 1 Wurzeln und Typen Zivilen Peacekeepings



Ein weiteres Thema muss angesprochen werden: Peacekeeping wird gewöhnlich als etwas gesehen, dass notwendigerweise absolut unparteilich in Bezug auf die Konfliktthemen und Ziele der Konfliktparteien sein muss. Doch wie oben erwähnt, gibt es auch Gruppen, deren Arbeitsschwerpunkt auf Schutz liegt, die sich aber bewusst auf eine Seite des Konfliktes

[11] Bougainville ist eine Insel, die zu Papua-Neuguinea gehörte. Seit 1988 erlebte sie einen Bürgerkrieg zwischen der "Bougainville Revolutionary Army", die für die Unabhängigkeit der Insel von Papua-Neuguinea (PNG) kämpfte, und der Armee von PNG, die von Australien unterstützt wurde. Der Krieg wurde durch zwei Abkommen 1997 und 1998 beendet, und als Teil dieser Abkommen wurde die unbewaffnete Truce Monitoring Group (TMG) eingerichtet. Unter der Leitung von Neuseeländischen Militärs wurden 1997 rund 370 Soldaten und ZivilistInnen aus Neuseeland, Australien, Fiji und Vanuatu nach Bougainville gesandt, um den Waffenstillstand und die Umsetzung des Abkommens zu überwachen. Alle Mitglieder der TMG waren unbewaffnet und trugen Zivilkleidung, weil eine militärische Peacekeeping-Truppe von den Konfliktparteien abgelehnt wurde. Die Operation wurde jedoch nach militärischen Standards und Regeln aufgestellt, mit militärischer Infrastruktur und Herangehensweise. Die meisten Mitglieder der TMG waren in einem zentralen Lager stationiert, von wo aus sie auf Patrouille fuhren, um den Menschen das Waffenstillstandsabkommen zu erklären und um durch ihre Präsenz neue Gewalt zu verhindern. Siehe die NP Machbarkeitsstudie (Schweitzer et al 2001).

[12] Siehe die Website of Nonviolent Peaceforce, http://www.nonviolentpeaceforce.org, und den Beitrag von Brües und Arajärvi in diesem Heft.

stellen und diese Seite in ihrem Kampf zu unterstützen suchen. Sie argumentieren gewöhnlich, dass es in extrem asymmetrischen Machtsituationen keine Unparteilichkeit geben kann. Das beste Beispiel sind die verschiedenen internationalen Gruppen und Projekte, die gegenwärtig in Palästina aktiv sind, wie z.B. das International Solidarity Movement (ISM). ISM ist in Palästina, um den palästinensischen Kampf gegen die israelische Besatzung zu unterstützen, und die Freiwilligen zögern oft nicht, eigene Aktionen zu initiieren anstatt nur Handlungsraum für lokale Gruppen zu schaffen, wo diese ihre eigenen Aktivitäten planen und ausführen.
Zwischen diesen beiden Extremen sind Projekte und Organisationen angesiedelt wie PBI oder das Balkan Peace Team in den 1990er Jahren, die sich als unparteilich ansehen und die argumentieren würden, dass sie nicht den Kampf derjenigen unterstützen, die sie begleiten, sondern dass sie vor Ort sind, um Menschenrechte zu schützen und dadurch Handlungsräume zu eröffnen.

Bild 2 Aufgaben Zivilen Peacekeepings

2.2 Aufgabenfelder und Aktivitäten

Vorrangige Aufgabenbereiche zivilen Peacekeepings sind:

- Monitoring von Waffenstillständen und anderen Übereinkommen
- Prävention von Gewalt während potenziell besonders gefährlicher Situationen, z.B. vor und während Wahlen oder Referenden
- Stärkung von lokalen Systemen der Frühwarnung und frühen Handelns; Kontrolle von Gerüchten
- Schutz von besonders bedrohten Gruppen und Gemeinschaften (z.B. Schutz von Vertriebenen oder ethnischen Minderheiten)

- Monitoring von Menschen- und Bürgerrechten; Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt
- Schutzbegleitung für MenschenrechtsverteidigerInnen und andere AktivistInnen
- Schutz von politisch engagierten Gemeinden, die sich selbst zu Friedenszonen erklären und Kombattanten aller Seiten den Zugang verwehren möchten
- Präsenz und Patrouillieren bei gefährdeten Orten, seien es Schulwege und Schulen, Krankenhäuser, Brunnen oder Märkte
- Schaffen von sicheren Orten, wo Gemeinschaften ihre Konflikte durch Dialog lösen können
- Bildungsarbeit / Trainings, um lokale Kapazitäten zu schaffen bzw. zu stärken.
- Dazu kommt bei einigen Organisationen und Projekten die Advocacy-Arbeit, d.h. die Vertretung von Anliegen der zu Schützenden gegenüber ihrer eigenen oder anderen Regierungen.

2.3 Wie Ziviles Peacekeeping "funktioniert"

Ziviles Peacekeeping basiert auf der aktiven Präsenz von ZivilistInnen in einem Konfliktgebiet. Es ist gewöhnlich multi-dimensional und verbindet Aktivitäten, die direkt der Gewaltprävention dienen, mit solchen, bei denen es darum geht, Konfliktparteien zusammenzubringen und die Fähigkeit lokaler Gemeinschaften zu stärken, Gewalteskalationen zu widerstehen.

Viele Menschen finden es schwer zu verstehen, was unbewaffnete PeacekeeperInnen in einem gewaltsamen Umfeld erreichen können. Wir sind daran gewöhnt, zu denken, dass Gewalt das einzige Mittel für Schutz sei. Es ist wahr, dass unbewaffnete ZivilistInnen keine Instrumente haben, etwas direkt zu erzwingen – sie können Angreifer nicht durch Gewaltandrohung abschrecken oder durch Schüsse stoppen, was militärische PeacekeeperInnen, unter Kapitel VII der UN-Charta entsandt, heute gewöhnlich dürfen und wofür sie ausgerüstet sind. Unbewaffnete PeacekeeperInnen haben jedoch ihre eigenen Quellen von Macht:

Zum einen sind sie – zumindest bis zu einem gewissen Grad, der von Ort zu Ort unterschiedlich sein mag – begrenzt gegen Gewalt geschützt, weil entweder sie besonderen Respekt erfahren oder weil die Länder oder Organisationen, die sie repräsentieren, diesen Respekt genießen. Die Tatsache, dass sie selbst (relativ) sicher sind, überträgt sich dann auf diejenigen, die sie begleiten, da ein potenzieller Angreifer riskieren würde, diese Internationalen zu verletzen oder zu töten.

Wichtig ist zum zweiten, dass es den PeacekeeperInnen gelingt, vertrauensvolle Beziehungen zu allen Konfliktparteien und zu den Menschen vor Ort aufzubauen, um wirksam zu sein. Vorbedingung dafür sind Unparteilichkeit (oder: „Allparteilichkeit") und Unabhängigkeit von staatlichen oder anderen Partikularinteressen, seien diese ökonomischer, missionarischer oder politischer Art.

Zum dritten riskiert dieser potenzielle Angreifer, dass die Internationalen die Untat der Welt berichten, was für ihn Konsequenzen haben kann, da er selbst oder seine UnterstützerInnen verwundbar gegenüber internationalem Verlust an Ansehen oder Sanktionen sind. "Die Welt schaut zu" ist schon oft ein mächtiger Abwehrfaktor gewesen.

2.4 Internationale politische Anerkennung

Ziviles Peacekeeping hat durchaus schon internationale Anerkennung erfahren.

Zum einen hat es wie oben erwähnt Staaten und internationale (Regierungs-)Organisationen gegeben, die selbst solche unbewaffneten Missionen durchgeführt haben. Das Gleiche gilt auch für Kirchen – siehe die Beobachtung der Wahlen in Südafrika 1994 (EMPSA) und die

Arbeit des Ökumenischen Begleitprojekts Palästina-Israel des Weltkirchenrates (EAPPI) in Palästina seit 2001.

Zum zweiten gibt es staatliche Finanzierung der Arbeit von Nonviolent Peaceforce durch eine Reihe von europäischen Regierungen und der EU-Kommission seit 2003/2004.[13]

Das dritte Element der Anerkennung ist, wenn NROs, die ziviles Peacekeeping durchführen, von Regierungen eingeladen werden. Hier ist erneut Nonviolent Peaceforce das wichtigste Beispiel. Sie hat in den Philippinen seit 2010 offiziellen Status in der „Zivilen Komponente" des Internationalen Monitoring Teams, das den Friedensprozess zwischen der Regierung und MILF auf Mindanao überwacht. Im Südsudan kooperiert sie eng mit UNICEF, und auch nach Myanmar ist sie auf Einladung der Regierung hin gegangen.

Last not least hat Nonviolent Peaceforce in Kooperation mit der UN-Institution UNITAR einen e-learning Kurs über ziviles Peacekeeping entwickelt, der 2015 online gehen soll.[14]

2.5 Anregungen an die deutsche Politik

Ziviles Peacekeeping ist ein Instrument, das im Aktionsplan Zivile Krisenprävention von 2004 keine Berücksichtigung findet. Der BSV denkt, dass die Bundesregierung im Rahmen ihrer Aktivitäten für zivile Krisenprävention der Option des zivilen Peacekeepings Aufmerksamkeit schenken sollte. In manchen Konflikten – vielleicht z.B. gegenwärtig in der Ukraine – könnte es eine Option sein, um die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu erhöhen.

Zum zweiten sollte die Bundesregierung im Rahmen ihres Engagements in der OSZE, dem Europarat, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen sich für diese Option stark machen. Wie oben erwähnt, haben einige dieser internationalen Organisationen ziviles Peacekeeping durch Nichtregierungsorganisationen bereits unterstützt oder sogar eigene Missionen dieser Art entsandt.

Was für schnelle und flexible Einsätze des zivilen Peacekeeping durch NROn fehlt, sind oftmals eigene Budgetlinien bei internationalen und nationalen Geldgebern. Allzu oft werden solche Einsätze durch die Etats der Entwicklungszusammenarbeit finanziert, die hierfür eigentlich nicht gedacht sind. Es geht darum, bei den eingestellten Haushaltsmitteln für friedenserhaltende Missionen eine Möglichkeit zu schaffen, auch die subsidiäre Arbeit von NROn im Bereich des zivilen Peacekeepings zu finanzieren.

Eine frühere Fassung dieses Aufsatzes ist im Arbeitspapier Nr.24 des IFGK 2010 („Für eine Welt ohne Rüstung und Militär. Nachdenken über gewaltfreie Alternativen") erschienen.

Christine Schweitzer ist Co-Geschäftsführerin beim BSV.

[13] Auch Peace Brigades International erhält staatliche Unterstützung für seine Einsätze im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes.

[14] http://www.nonviolentpeaceforce.org/unarmed-civilian-protection-course-introduced-un

3. Nonviolent Peaceforce

Stephan Brües und Outi Arajärvi

Die Nonviolent Peaceforce (NP) wurde nach dreijährigem Vorlauf Ende 2002 in Neu-Delhi, Indien, als internationale Nichtregierungsorganisation mit damals etwa 40 Friedensorganisationen aus allen Erdteilen als Mitgliedern gegründet.

NP hat sich die Aufgabe gegeben, unbewaffnete, eigens ausgebildete, multinationale Friedensfachkräfte in Krisen- und Konfliktgebiete zu entsenden, um Menschen und ihre Rechte zu schützen, Gewalt zu verhindern und lokalen Friedensstiftern und -initiativen Raum zu verschaffen, vorhandene Konflikte ohne Gewalt auszutragen. Voraussetzung für den Einsatz ist eine Einladung durch lokale Gruppen.

Teams von Nonviolent Peaceforce arbeiten direkt in den Konfliktgebieten zusammen mit örtlichen Partnerorganisationen. Dank des allparteilichen Ansatzes ist NP in der Lage, mit allen Konfliktparteien vertrauensvolle Kontakte aufzubauen und kann dadurch die Zivilbevölkerung schützen, zwischen den Konfliktparteien vermitteln und vor allem auch die lokalen Initiativen, die friedliche Lösungen suchen, unterstützen. Aufbau von effektiven lokalen Frühwarnsystemen zur Kontrolle von Waffenstillständen und von Schutzmechanismen in Flüchtlingslagern und anderen unsicheren Orten vor Gewalt und z.B. Rekrutierung von Kindersoldaten sind Aufgabengebiete von NP.

Zu diesem Zweck wendet NP folgende Werkzeuge an:

- Begleitung bedrohter Personen / Schutzpräsenz
- Lokale und regionale Pendeldiplomatie
- Moderierter Dialog
- Bereitstellung von sicheren Räumen (z.B. für ehemalige-KindersoldatInnen, für Verhandlungen)
- Vertrauensbildung
- Kontrolle von Gerüchten
- Gewaltprävention: Rasches Erkennen – Rasches Eingreifen
- Überwachung von Waffenstillstands-/Friedensverträgen

Besonders wichtig ist dabei der Aufbau von lokalen Kapazitäten, um die Bevölkerung zu befähigen, selbst für ihre eigene Sicherheit zu sorgen bzw. für friedliche Konfliktbearbeitung einzutreten.

Friedensfachkräfte schaffen im engen wie im übertragenen Sinne Räume für lokale oder regionale Kräfte, um für Menschenrechte und Versöhnung zu arbeiten oder aber auch – wie auf den Philippinen – Waffenstillstandsabkommen bzw. Friedensabkommen als Teil einer internationalen Monitoring Mission überwachen zu können.

Nonviolent Peaceforce ist derzeit tätig in vier Ländern/ Regionen: auf den Philippinen, im Südsudan, im Südkaukasus und in Myanmar. Pläne für zukünftige Aktivitäten gibt es in Syrien und in der Ukraine. Weitere Projekte in Sri Lanka (2003-2010) und Guatemala (2007) wurden abgeschlossen. Die Zahl der eingesetzten Friedensfachkräfte variiert stark; in den beiden größten Projekten (Philippinen und Südsudan) sind oder waren bis zu 150 internationale und einheimische Kräfte gleichzeitig tätig.

NP verfügt über zwei internationale Büros, eines in Brüssel und eines in Minneapolis (USA).

3.1 Ausbildung der Friedensfachkräfte

Alle Friedensfachkräfte, die weltweit rekrutiert werden, bekommen Training in Konfliktbearbeitung und anderen nötigen Schlüsselqualifikationen für die Arbeit in den Krisengebieten. Internationale Friedensfachkräfte sind häufig bereits vorgebildet, z.B. durch Studien in Friedens- und Konfliktforschung oder ähnliche Ausbildungen. Manche der deutschen Friedensfachkräfte haben auch einen Kurs bei der Akademie für Konflikttransformation abgeschlossen. Zusätzlich bekommen sie landesspezifische Fortbildungen, die für die Arbeit vor Ort notwendig sind. In allen Projekten arbeiten zusätzlich lokale Friedenfachkräfte, die die nötige Landeskenntnis mitbringen, inzwischen sind ca. zwei Drittel aller MitarbeiterInnen in den Projekten einheimische Kräfte. Der Einsatz dauert meistens etwa 2 Jahre, manche bleiben länger, oder wechseln in ein anderes Projekt von NP in einem anderen Land.

3.2 Finanzierung von Nonviolent Peaceforce

Die Einsätze der Nonviolent Peaceforce werden in erster Linie durch Projektgelder von Staaten (Außen- oder Entwicklungshilfeministerien westlicher Länder) oder internationalen Organisationen (EU, UNHCR; UNICEF; UNDP) finanziert. Die Mittel der UN-Organisationen sind i.d.R. für Teilaufgaben innerhalb der Länderprojekte bestimmt, in denen NP als Dienstleister der UN-Organisation fungiert, beispielsweise für die Kindersoldatenprojekte der UNICEF oder die Arbeit mit intern Vertriebenen mit dem UNHCR. Allgemeine Verwaltung, Trainings, Öffentlichkeitsarbeit und Lobbyarbeit werden in erster Linie durch Spenden von privaten UnterstützerInnen in den USA getragen, die damit auch eine größere Unabhängigkeit der Organisation sichern und neue Projekterkundungen ermöglichen. Gelegentlich gibt es auch finanzielle Unterstützung von privaten Stiftungen wie der Open Society Foundation, beispielsweise für Erkundungsreisen in Länder, aus denen es Anfragen für eine Unterstützung durch NP gibt.

Für NP ist Neutralität sehr wichtig, daher ist die Finanzierung durch staatliche Gelder grundsätzlich gesehen nicht unproblematisch. Diese Staaten verbinden in aller Regel mit ihren Geldausgaben auch nationale Interessen. Im Falle der Projekte der Nonviolent Peaceforce hat es bisher jedoch noch keinerlei politische Einflussnahme auf die Projekte selbst gegeben. Wachsam sollte die Organisation diesbezüglich dennoch sein.

3.3 Unterstützung durch die internationale Zivilgesellschaft

Bei seiner Gründung hatte Nonviolent Peaceforce, wie erwähnt, Mitgliedsorganisationen – Nichtregierungsorganisationen aus vielen Ländern der Welt. Bei einer Strukturreform 2014 wurden diese Mitglieder in eine sog. NP-Allianz überführt. Die Mitglieder der Allianz unterstützen die NP durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit und haben Mitspracherechte beim Vorstand von NP. In Deutschland sind zwei Organisationen Mitglieder der Allianz: Das Forum Ziviler Friedensdienst und der Bund für Soziale Verteidigung.

3.4 Beispiele aus der Praxis

Die Feldprojekte der Nonviolent Peaceforce sind mehrfach extern und intern evaluiert worden; zwei dieser Evaluationen sind auf der Website von NP (www.nonviolentpeaceforce.org) einsehbar. Die Evaluationen haben ergeben, dass unbewaffnetes ziviles Peacekeeping, wie NP es praktiziert, vor Ort in der Lage ist, Menschen vor den Auswirkungen kriegerischer Gewalt und Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Die folgenden Beispiele aus den Projekten in Sri Lanka, den Philippinen und Südsudan sollen dies illustrieren.

Kindersoldaten in Sri Lanka 2005-08

Die tamilische Guerilla LTTE wie später auch ihre Abspaltung, die Karuna-Miliz (die auf Seiten der Regierung kämpfte) haben immer wieder Kindersoldaten rekrutiert. Auf Anfrage von

UNICEF hat NP versucht, möglichst viele von ihnen zu befreien. Dabei nutzte sie ihre Kontakte zu allen (auch bewaffneten) Akteuren.

In einem Fall wollten Angehörige von Kindersoldaten zur LTTE gehen, um die Freilassung ihrer Kinder zu fordern, hatten aber Angst, alleine dorthin zu gehen, daher begleiteten Friedensfachkräfte sie. Es gab zwei Tage dauernde Verhandlungen: 23 Jugendliche wurden freigelassen. Warum dies gelang, ist schwer zu sagen. Wichtig daran war sicherlich der Ansatz der Allparteilichkeit von NP. Den Rebellen war klar, dass NP nur an der Freilassung der Kinder interessiert war und von ihr keine Gefahr ausging.

Bildung lokaler Kapazitäten in Mindanao

Auf der Insel Mindanao kämpften islamische Guerillas seit vielen Jahren für ihre Unabhängigkeit gegen die Regierung. In den letzten Jahren gab es einen Waffenstillstand, seit 2012 einen Friedensvertrag mit der derzeit größten Rebellengruppe, der MILF. Die NP wurde eingeladen, an einer Internationalen Monitoring Mission mitzuwirken. Dazu Rashid Ladiasan von der MILF: *"Nur unbewaffnete, zivile Friedensfachkräfte waren effektiv, weil angesichts der Traumatisierung in der Bevölkerung nur sie gewährleisten können, dass die Überwacher selbst unparteiisch sind".*

Schon vor der Ankunft von NP gab es eine Initiative (Bantay Ceasefire) verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen in Mindanao, Waffenstillstände in ihrer Region zu überwachen. Auf diese Erfahrungen aufbauend werden DorfbewohnerInnen in Methoden unbewaffneter Friedenserhaltung und Monitoring des Waffenstillstandes trainiert, damit sie den Schutz ihres Dorfes selbst übernehmen können.

Weitergabe von Erfahrungen

Von Sri Lanka in den Südsudan: Kindersoldatenprojekt mit UNICEF: Der Projektleiter Asseervathan Florington sagt: "*Ich empfinde es als Privileg, dass ich meine Erfahrungen aus Sri Lanka für den Südsudan nutzen kann. Ich möchte sicherstellen, dass Kinder, die durch Gewalt verletzt wurden, geschützt werden und lernen, wie sich Schutz und Hoffnung anfühlen.*"

Von Mindanao nach Myanmar: Die Erfahrungen in der International Monitoring Mission will NP nun in Myanmar anwenden, wo es mit mehreren ethnischen Widerstandsgruppen aktuell Waffenstillstandsabkommen gibt, die überwacht werden müssen. Das Training von lokalen Friedensteams hat 2014 begonnen.

Die Arbeit im Südsudan

NP ist seit 2010 im Südsudan tätig. Zu Beginn lag der Schwerpunkt auf der schützenden Begleitung des Prozesses der Unabhängigwerdung dieses Landes.

Projektschwerpunkte im Südsudan heute sind:[15]

- Schutz der Zivilbevölkerung
- Abwendung direkter Gewalt und Reduzierung der Auswirkungen von Gewalt auf Gemeinden
- Verstärkung des Schutzes von durch Konflikt und sexualisierter Gewalt betroffenen Frauen
- Verbesserter Schutz von Kindern in Brennpunkten
- Bedarfsanalyse für direkte Notfallreaktion

[15] Die folgenden Ausführungen beruhen auf einem Vortrag der deutschen Friedensfachkraft im Südsudan, Anne Ritter, die 2013 sowie von Mai bis September 2014 im Südsudan gearbeitet hat.

- Aufbau lokaler Kapazitäten für gewaltfreie Konfliktlösung & lokale gemeinschaftliche Schutzmechanismen (z.B. Frühwarnsysteme)

Partner in den Regionen sind vielfältig und reichen von staatliche Autoritäten - BürgermeisterInnen, lokale VertreterInnen des Ministeriums für Humanitäre Angelegenheiten, die Commissioner, County-Chiefs) - über Angehörige der ehemaligen Befreiungsarmee SPLA bis zu LehrerInnen, traditionellen Autoritäten: LeiterInnen von Jugend- und Frauengruppen, Kirchen und anderen Angehörigen der Zivilgesellschaft.

Gefährdet wurde diese Arbeit auf lokaler Ebene, als die Mächtigen des Landes (Präsident und Vizepräsident) ab Dezember 2013 ihre politischen Konflikte gewaltsam auszutragen begannen und auf die lokale Ebene übertrugen. Noch mehr als zuvor gilt das Augenmerk der Arbeit von NP heute den intern Vertriebenen, dem Schutz der Kinder und Frauen, der Evaluierung der Möglichkeiten einer Rückkehr in ihr Dorf und der Zusammenführung von auseinander gerissenen Familien

Als konkrete Beispiele aus der Arbeit können drei Bereiche herausgestellt werden: die sog. Community Protection Workshops, die Frauen-Peacekeeping-Teams und die Sicherheits-Workshops verknüpft mit der Arbeit für waffenfreie Zonen in Gemeinden und Regionen.

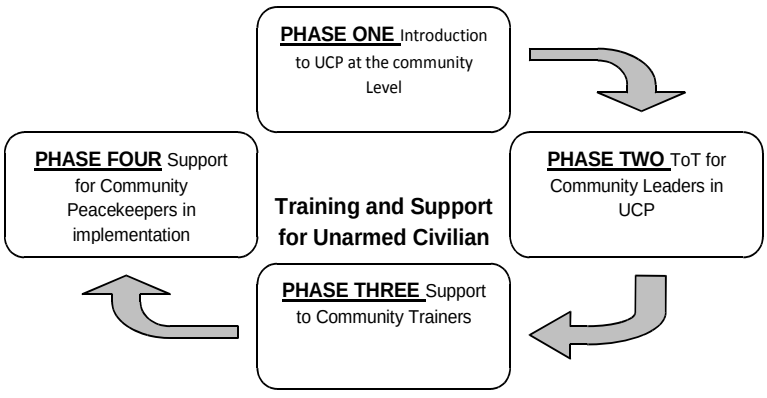
Community Protection Workshops

NP bietet im Rahmen eines längeren Trainingsprozesses als Phase eins dreitägige Workshops an, um die Bevölkerung vor Ort zu ermutigen, eigene Schutzmechanismen zu schaffen. Es geht bei den Workshops um

- Differenzierte Betrachtung von „Konflikt"
- Bewusstsein schaffen für gewaltfreie Antwortmöglichkeiten auf Konfliktsituationen
- Anreize schaffen für lokale Schutzstrategien
- Vernetzungen initiieren

Die folgende Grafik[16], mit der NP im Südsudan bei Trainings arbeitet, beschreibt die Phasen dieser Arbeit:

Bild 3 Trainingsphasen



In der Phase eins gibt es auf der Gemeindeebene eine Einführung in die Prinzipien des Unbewaffneten Zivilen Peacekeepings (UCP). In einer zweiten Phase werden führende Personen aus den Gemeinden als TrainerInnen ausgebildet, die dann in Phase drei bei der Verbreitung des Konzepts in den Gemeinden unterstützt werden. Schließlich werden in Phase 4 die von den TrainerInnenn angelernten Friedensfachkräfte dabei unterstützt, das Konzept in ihren Gemeinden einzuführen.

Women Peacekeeping Teams

Nonviolent Peaceforce hat im Südsudan erstmalig Peacekeeping-Teams geschaffen, die nur aus Frauen bestehen. Der Grund ist die verbreitete sexualisierte Gewalt gegen Frauen und

[16] Zur Verfügung gestellt von Anne Ritter, Friedensfachkraft im Südsudan.

Kinder in diesem Konflikt. Durch Frauenteams ist der Zugang zu den Opfern und ihr nötiger Schutz besser gewährleistet.

Unterstützung waffenfreier Zonen

Zu den größten Problemen im Südsudan gehören die periodisch wiederkehrenden Konflikte zwischen BäuerInnen und Viehzüchtern (Vieh frisst Feldfrüchte), aber auch zwischen Viehzüchtergesellschaften aufgrund gegenseitigen Viehdiebstahls. Außerdem gibt es im Land eine hohe Zahl von Waffen in Folge des Bürgerkrieges, aber auch eine traditionelle 'Krieger'kultur vieler ethnischer Gruppen, die bewaffnete Konflikte leicht entstehen lassen.

Beides, d.h. das eine als Konfliktursache, das andere als Instrument zur gewaltsamen Austragung dieser Konflikte, beeinträchtigt das Gefühl der Sicherheit von Leib und Leben der Bevölkerung. Daher hat die NP versucht, ein Netzwerk für die Schaffung waffenfreier Zonen zu unterstützen. Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit staatlichen Autoritäten und lokalen Akteuren solche Zonen zunächst lokal und dann regional einzurichten. Recht erfolgreich waren die zwischen Juni 2012 bis Mai 2013 stattfindenden Treffen zur Errichtung einer waffenfreien Zone in Yirol West im Bundesstaat Lakes State, die schließlich mit den lokalen Chiefs und den Führern der Viehzüchter beschlossen werden konnte. Dabei ist es von Seiten NPs wichtig, dass sie nur eine organisatorische Unterstützung leistet, aber den Akteuren keine Verantwortung abnimmt.

Erste Erfahrungen zeigten, dass sich die Bevölkerung in der Region seit Einrichtung dieser waffenfreien Zone sehr viel sicherer fühlt.

Schutz durch Präsenz – Juba, Central Equatoria, 2012

Im Januar 2012 kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Gruppen, bei dem einige hundert Menschen starben, Tausende verletzt wurden, Hunderttausende flohen. NP unterstützte die Versorgung der Verletzten und leistete direkte Schutzarbeit durch Präsenz in Krankenhäusern in Juba.

Nach Angaben der Projektdirektorin im Südsudan, Tiffany Easthorn, waren die Verletzten beider Konfliktparteien im selben Krankenhaus. Die Friedenskräfte schauten, dass alle gleich behandelt wurden und haben Gespräche zwischen PatientInnen aller Ethnien vermittelt, um Rachegefühlen zu begegnen. Später begleiteten sie Chiefs zu einem Treffen, wo sie ein Friedensabkommen unterzeichneten. Die Krankenschwestern konnten in Ruhe arbeiten und die intern Vertriebenen nach der Behandlung in ihre Häuser zurückkehren.

Schutz durch Präsenz - Flüchtlingslager

Ein Beispiel aus dem April 2014 zeigt, wie Friedensfachkräfte Vertriebene, die mit Waffen bedroht werden, schützen können:

Am 17. April 2014 befanden sich zwei NP-Friedensfachkräfte in einem Flüchtlingslager der UN-Mission im Südsudan (UNMISS), als bewaffnete Männer das Lager stürmten, wahllos auf unbewaffnete Männer, Frauen und Kinder schossen und dabei 58 Menschen töteten, meist Vertriebene vom Volk der Nuer, die dort seit Beginn des Krieges lebten. Die Friedensfachkräfte konnten das Überleben von fünf Frauen und neun Kindern sichern, indem sie sich auf ihr Training in Gewaltfreiheit und Strategien des Umgangs mit gewaltsamen Konflikten und ethnischen Spannungen stützten. Einer der Friedensfachkräfte erzählte: „*Wir wurden mehrfach mit Gewehren, Äxten und Stöcken bedroht. Die Männer befahlen uns, die Frauen und Kinder zu verlassen. Wir lehnten das ab und beharrten in ruhigem Ton darauf, dass wir humanitäre Helfer seien, dass diese Frauen und Kinder nichts mit dem Krieg zu tun hätten – und wir sie nicht alleine lassen würden.*" Die bewaffneten Männer gingen fort, die Frauen und Kinder wurden so vor dem sicheren Tod geschützt.

Dennoch wirft (nicht nur) dieser Fall die Frage auf, wie die Friedensfachkräfte der NP sich selbst schützen.

3.5 Schutzmaßnahmen für die Friedensfachkräfte

Friedensfachkräfte halten sich in den Konfliktgebieten bei der gefährdeten Zivilbevölkerung auf. Da sie an den lokalen Konfliktursachen arbeiten, müssen sie dort sein, wo diese Konflikte aufeinander prallen und wo Schutz nötig ist. Trotz aller Anstrengungen, Vertrauensbildung zwischen allen Konfliktparteien zu betreiben, bleibt die Arbeit nicht ohne jedes Risiko. So hat es zwei Anschläge auf die Büros von NP wie auch eine Entführung eines Mitarbeiters gegeben, zum Glück alle ohne dass Verluste an Menschenleben zu beklagen gewesen wären.

Um den Schutz der eigenen MitarbeiterInnen sicherzustellen, gibt es ein Sicherheitskonzept und Training. In jedem Team gibt es eine/n Sicherheitsbeauftragten, die/der für die Sicherheit des Teams bei der täglichen Arbeit verantwortlich ist, z.B. dafür, zu welchen Zeiten ein Umherfahren in der Region angezeigt oder zu gefährlich ist.

Grundsätzlich gibt es bei der Frage der Sicherheit ein doppeltes Wirkungsprinzip: Internationale schützen häufig lokale Kräfte bzw. AktivistInnen durch ihre Präsenz. Lokale Kräfte auf der anderen Seite können durch ihre Kenntnisse und Erfahrungen internationale MitarbeiterInnen schützen.

Stephan Brües ist Co-Vorsitzender des BSV und koordiniert die Arbeitsgruppe „Nonviolent Peaceforce“, in der die beiden deutschen Mitglieder der NP-Allianz zusammenarbeiten. Outi Arajärvi ist langjähriges Mitglied im Vorstand der NP und ebenfalls Vorstandsmitglied im BSV:

4. Gewaltvermindernde Arbeit in Deutschland an einem Beispiel: Entwicklung des lokalen Friedens mit globaler Bedeutung

Dieter Lünse

Die gewalttätigen Konflikte in Hamburg zwischen Kurden und Islamisten haben das Thema der Gewalt wieder einmal in die Öffentlichkeit gebracht. Bei den Straßenschlachten im Oktober in der Nähe des Hauptbahnhofs gab es 23 Schwerverletzte. Wir dachten, dass Deutschland und Europa kaum von kriegerischen Auseinandersetzungen erreicht werden kann. Dieser Vorfall zeigt jedoch, wie stark der Konflikt im Nord-Irak sowie in Syrien um die Stadt Kobane auch in die Zentren und verschiedenen Stadtteile in Deutschland hinein spielt und wie wichtig hier Gewaltprävention, Netzwerke und belastbare Beziehungen sind, die eine Kultur der Gewaltfreiheit und des lokalen Friedens aufbauen und halten.

Unter diesem aktuellen Eindruck und aus der Erfahrung von 17 Jahren Arbeit am lokalen Frieden möchte ich über Gewaltprävention in Deutschland am Beispiel von Hamburg sprechen, und zwar in Süd-Harburg. Harburg ist einer der Hamburger Bezirke, ähnlich groß wie Lübeck oder Hannover.

Das Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation e.V. (IKM) besteht seit 16 Jahren. Der Hintergrund des ikm wie auch mein eigener sind für den Kontext dieser Arbeit wichtig: Ich bin einer der Gründer des IKM. Mich beschäftigt das Thema seit 35 Jahren. Anfang der 1980er Jahre war ich Mitglied der Föderation der gewaltfreien Aktionsgruppen (FöGA). Dort habe ich Praxis erlebt und erfahren, was es heißt, Praxis zu organisieren. Zum zweiten sehe ich hier Theodor Ebert sitzen. Er war einer meiner Lehrer, nicht persönlich in den 1970er Jahren, aber sein Buch über die Soziale Verteidigung spielte für mich eine wichtige und große Rolle. Ich habe dort gelernt, Konflikte immer im System einer Gesamtstruktur zu sehen. Im Endeffekt konnte ich dann - über verschiedene Stationen - diese Erfahrungen 1998 in das IKM einbringen. Wir waren zuerst eine Arbeitsstelle für Zivilcourage, haben dann immer mehr MitarbeiterInnen hinzu bekommen und geschult. Sie sind alle selber MediatorInnen und stammen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen.

Die Bereiche, die wir abdecken, sind Zivilcourage, Mediation, Gewaltprävention, Anti-Bias (ein Ansatz interkulturellen Lernens, den wir aus Südafrika übernommen haben), Partizipation. Wir bauen Hilfs- und andere Netzwerke auf. Friedenspädagogik kam als Thema seit 2007/2008 hinzu und ist auch jetzt wieder sehr nachgefragt.

Zum Thema Friedenspädagogik ein Zitat des Tübinger Friedenspädagogen Günther Gugel. Ihm zufolge gehört zur Friedenspädagogik, „*dass Menschen nicht (nur) durch intendiertes erzieherisches Handeln geprägt werden, sondern auch wesentlich durch die Umstände, in denen sie leben, durch ihre alltäglichen Erfahrungen, die oft mangelnde Anerkennung, Missachtung, Ausgrenzung und Gewalt beinhaltet*".[17]

Ich habe das einfach mal umgeschrieben auf Frieden vor Ort: Zum Frieden vor Ort gehört, „*dass Menschen nicht (nur) durch intendiertes erzieherisches Handeln geprägt werden, sondern auch wesentlich durch die Umstände, in denen sie leben, durch ihre alltäglichen Erfahrungen, die Anerkennung, Achtung, Inklusion und Gewaltlosigkeit beinhalten*".

Das ist im Endeffekt der positive Ansatz, mit dem wir an Gewaltprävention in diesem Stadtgebiet ansetzen. Darauf gehe ich jetzt im Folgenden ein.

---

[17] Grasse, Renate; Gruber, Bettina und Gugel, Günther (2008) Friedenspädagogik. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt

Wir verfolgen dabei einen systemischen Ansatz auf vier Ebenen: auf einer persönlichen Ebene, auf der Gruppenebene der Institutionen und dann auf einer dritten, der lokalen Ebene, die aber mit der vierten sehr eng zusammenhängt. Diese vierte Ebene ist die Öffentlichkeit. Die öffentliche Meinung, wie wir über Fragen der inneren Sicherheit denken, ist sehr zentral. Wir wissen aus der kriminologischen Forschung, dass Menschen im sozialen Raum sehr leicht Angst entwickeln. Allein schon Unordnung, Verwüstungen und Schmierereien führen zu dem Gefühl, es gäbe ganz viel Gewalt. Wenn wir dann kommen und die Fälle zählen, dann sind es vielleicht drei. D.h., der subjektive Faktor spielt eine Rolle, und wir müssen ihn unbedingt berücksichtigen. Das bedeutet auch, nicht nur von den Medien wahrgenommen zu werden, sondern selber Medium zu sein. Und wenn die großen Medien uns ignorieren - wir haben das Pech in Hamburg, von einem riesigen Medium bespielt zu werden, dem Hamburger Abendblatt, das kaum lokale Nachrichten aufnimmt –, dann müssen wir manchmal auch selbst eine Gegenöffentlichkeit organisieren.

Wir haben in dieser fast zwei Jahrzehnte langen Arbeit gelernt, dass es bestimmte sozialpsychologische Parameter gibt, in denen wir uns bewegen:

- wir brauchen Wahrnehmung und Bewertung,
- Kommunikation,
- Kompetenzen,
- Rituale, die wir verändern müssen.

Wir brauchen auch Leitung und Moderation, die mit einem Auftrag als Funktionsträger für eine permanente Umsetzung sorgen. Es genügt in der Gewaltprävention nicht, ein Projekt zu machen, sondern es muss im System irgendwo etwas Stabiles geschaffen werden.

Zwischenfrage: Wenn Sie „wir" sagen, meinen Sie die Gesellschaft an sich oder die Personen, die das Institut betreiben?

Das ist eine wichtige Nachfrage in Hamburg, auf die ich sonst nicht so ausführlich eingegangen wäre. „Wir" heißt tatsächlich etwas mehr, es heißt das Institut im Verbund mit anderen Partnern aus der Zivilgesellschaft und auch im Verbund mit staatlichen Stellen. Was wir erreicht haben, ist ein landesweiter Facharbeitskreis zu diesem Thema.

Eine der Voraussetzungen Ende der 1990er Jahre war ein Regierungsabkommen. Mir war es möglich, an dem Regierungsprogramm der Grün-Alternativen Liste zur Frage von innerer Sicherheit mitzuschreiben, und dort habe ich das Thema Zivilcourage mit hineingenommen. Die Grünen wurden dann Regierungspartei, und dann war es möglich, von „oben" diese Programme zu etablieren, weil Zivilcourage zum Regierungsprogramm gehörte. So konnten wir in Hamburg solche Programme in ziemlich großem Umfang aufbauen.

Zu den erwähnten vier Ebenen:

<u>Die persönliche Ebene</u>

Zur persönlichen Ebene gehören die StreitschlichterInnen, oder besser gesagt, die KonfliktvermittlerInnen und MediatorInnen, die wir in Hamburg inzwischen an insgesamt 120 Schulen haben. Wir bilden pro Jahr und Schule 20 neue StreitschlichterInnen aus und haben so in 15 Jahren 20.000 neue FunktionsträgerInnen gewonnen. Viele von denen sind dann wirklich neue Leute aus der nachwachsenden Generation, die für sich erleben, wie sie in dem Bereich mit gewaltfreien Konfliktvermittlungsmethoden wirken und sehr viel erreichen. Bei ihnen gehören diese Kompetenz und die Funktionsträger inzwischen zur „normalen" Kultur.

<u>Die Gruppenebene</u>

Die zweite Ebene ist die Gruppenebene. In Süd-Harburg haben wir eine Projektwoche etabliert, die fünf Schulen gemeinsam machen. Sie wird im Jahrgang 7 seit neun Jahren konse-

quent durchgeführt, fünf Tage einmal im Jahr. Der Ablauf sieht folgendermaßen aus:

Tag 1: Herstellen eines öffentlichen Diskurses

Tag 2: Lernen an Stationen

Tag 3: Orte identifizieren

Tag 4: Training und Entwicklung von Lösungen

Tag 5: Präsentation und Forderungen zur strukturellen Veränderung des Systems

SchülerInnen malen Konfliktlandkarten, auf denen sie verorten, ‚wo die Gewalt herkommt'. Und am Schluss formulieren sie Erkenntnisse aus den fünf Tagen als Forderungen, Forderungen an sich selber, die eigene Schülerschaft, Forderungen an ihre VertreterInnen, an die LehrerInnen, Schulleitung, Eltern und Umfeld. Das ist die strategische Leistung, nämlich dass Wissen auch eingesetzt wird, um strukturelle Bedingungen zu verändern.

Dass jetzt fünf Schulen in Harburg so etwas zusammen machen, liegt an einem Runden Tisch in diesem Stadtteil, der sich auch in der Zeit gebildet hat. Dieser Runde Tisch hat gesagt: 'Wir wollen gerne dieses Modell übernehmen, das ist ein bisschen älter, läuft in vielen anderen Schulen, und wir wollen es für uns als Kollektiv haben'. Dies ist eine Leistung auf der Gruppenebene, weil ein ganzer Jahrgang, 400 SchülerInnen, beteiligt ist. Er stellt Wahrnehmung, Bewertung, Kommunikation her, baut Kompetenzen aus, soweit wie das dann halt innerhalb von einer Woche möglich ist, setzt ein Ritual und „durchwächst" die ganze Lehrerschaft. Jedes Jahr in jedem Jahrgang wachsen nämlich auch die LehrerInnen in diese Bearbeitung von Konflikten und Gewalt hinein. Es sind nicht wir, sondern die KlassenlehrerInnen, die diese Wochen durchführen, nachdem sie von uns trainiert wurden. Wir beraten und stellen die Öffentlichkeit her (Presse, Elternbriefe etc.).

Die lokale Ebene

Wir laden die SchülerInnen immer wieder zu dem erwähnten Runden Tisch ein und wollen wissen: 'Was ist da gelaufen, was ist die Erkenntnis?'. Interessant ist dann für den Runden Tisch, wenn die SchülerInnen sagen: 'Wir haben hier Probleme auf dem Schulweg, wir wollen eine Begleitung haben', oder: 'Wir wollen in unserem Umfeld anders Sicherheit bekommen, d.h. natürlich auch durch unsere eigenen Leistungen oder sei es dann durch Erwachsene, die dann mit dafür sorgen'. Solche Arbeit auf lokaler Ebene funktioniert mit dem Konzept, dass wir vom ikm aufgebaut haben, in inzwischen 40 Stadtteilen.

Bei dem Feststellen von 'Um was geht es eigentlich, was wollen wir verändern?' geht es natürlich nicht nur um Gewalt. Verschiedene Dinge sind auch Ausdruck von Protesthaltung von Jugend, und dann ist daran zu arbeiten, in Kommunikation zu treten und Veränderung herbeizuführen. Das ist etwas anderes, als Gewaltprävention als Herrschaftsinstrument einzusetzen. Die Veränderung erfolgt im Interesse von Jugendlichen und aus deren Erfahrung.

Die Ebene der Öffentlichkeit

Wenn die Medien uns nicht zur Verfügung stehen, dann bedeutet Öffentlichkeitsarbeit, dass wir mit unseren Anliegen rausgehen. Das ist hier gelungen, und zwar mit einer Präsentation der Ergebnisse des Runden Tisches in einer Shopping Mall. Wir sind mit allen Leuten in diese große Shopping Mall gegangen. Das Motto hieß: 'Harburg achtet sich', also ein öffentliches Bekenntnis für das, was ich bei dem Vortrag von Christine Schweitzer so wichtig fand, Wirkungsmechanismen im Bereich Respekt und Vertrauen, die hergestellt werden. Akteure sind z.B. ein Bezirksamtsleiter - das ist im weitesten Sinne der Bürgermeister von einer großen Stadt - und andere, die dazu eingeladen werden und sich auch entsprechend positiv zu diesen Fragen bekennen. Wir bauten dann in der Shopping Mall ein öffentliches Zivilcourage-Training ein. Dies wurde dann auch von den Medien wahrgenommen, die nicht berichten, wenn wir irgendwo vor Ort einen Workshop machen.

Diese Arbeit ist relativ erfolgreich und läuft in vielen Stadtteilen, in Zusammenarbeit mit dem Facharbeitskreis für Gewaltprävention, aber besonders gut in Süd-Harburg, weil ich da länger geblieben bin, um den runden Tisch aufzubauen und kontinuierlich zu begleiten.

Ein letzter Punkt: Wir haben ein wunderbares Überprüfungsinstrument bekommen, das nennt sich 'Lernen ohne Angst'. Wir haben mit SchülerInnen eine eigene kleine Sozialforschung ihrer Schule aufgebaut. Sie werden angeleitet, herauszufinden, wo sich Gewalt befindet, und befragen alle SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern und entwickeln dann einen Aktionsplan. Dabei werden sie über zwei Jahre begleitet. Sie liefern uns dadurch dann auch nochmal Daten über Fragen wie: 'Wie kommt Streitschlichten überhaupt an; wird es in der Schülerschaft wahrgenommen, selbst wenn sie viele Fälle haben, oder versickert es irgendwo; ist es vielleicht schon in der Missgunst angelangt oder hat es wirklich die angenommene positive Autorität?'.

Wir erreichen mit dieser Art der Gewaltprävention, des gewaltfreien Handelns, eine positive Autorität, die im Englischen so schön 'Stärke' bedeutet ('strength', nicht power), also dass wir eine Stärke haben, Gewaltfreiheit auch durchsetzen zu können, nicht nur aus der Masse der Zivilbevölkerung, sondern auch aus der Entscheidung von politisch Verantwortlichen.

Exkurs zu einem unserer Vorbilder : das Anti-Bias-Programm aus Südafrika

Aufgebaut ist dieses Programm auf dem Anti-Bias Programm, das wir aus Südafrika adaptiert haben. Die KollegInnen dort haben Antirassismusarbeit gemäß der südafrikanischen Verfassung von 1994 übersetzt auf die gesamte Schule, auf die gesamte LehrerInnenschaft, auf alle Lehrenden dieses Landes. Diese Art Schulung, die Erfahrung, wie das geht, die haben wir dann übersetzt und nach Hamburg übertragen.

Durch das mehrjährige Durchführen, durch mehrjährige Generationen von SchülerInnen, können wir Stück für Stück das System verändern, indem sie lernen, sich damit selbst zu beobachten. Auch das ist eine Erkenntnis aus Südafrika, wo in der Verfassung etwas aufgebaut wurde, dass die Deutschen nicht kennen, nämlich das Beobachtungsinstrument. Die „Human Rights Commission“ tut das in Südafrika. Sie zitiert Leute zu sich, wenn diese im politischen Geschehen irgendwo Worte benutzen, die zu stark mit Gewalt verbunden sind. Zum Beispiel gab es jemanden, der den Slogan herausbrachte, 'I kill for Zuma', also ‚ich töte für den Präsidenten‘ (bzw. Präsidentschaftskandidaten zu jener Zeit). Er musste zur Menschenrechtskommission, sich dort rechtfertigen und sich öffentlich anhören: ‚So geht es nicht, das wollen wir nicht, wir wollen in diesem Land nicht wieder neue politische Gewalt, die ja immer mit Worten beginnt‘. Das haben wir in diesem Plan von 'Lernen ohne Angst' übertragen, um die Beobachtung zu haben und das Selbstregulativ des Systems.

Dieses Selbstregulativ mit dem Namen „Lernen ohne Angst“ und seinem Vorbild im „Anti Bias“ Programm von Südafrika konnten wir erst an 10 Schulen aufbauen. Es sind noch viele Schritte nötig auch diese Ebene in die Fläche aller Schulen (zumindest für ein Bundesland) zu übertragen.

Ich möchte gerne noch einmal auf die Handlungsebene kommen und mit einem Zitat von Dietrich Bonhoeffer meinen Vortrag schließen:

„Man muss damit rechnen, dass die meisten Menschen nur durch Erfahrungen am eigenen Leibe klug werden. So erklärt sich erstens die erstaunliche Unfähigkeit der meisten Menschen zu präventivem Handeln jeder Art - man glaubt eben immer noch, um die Gefahr herumzukommen, bis es schließlich zu spät ist; So erklärt sich zweitens die Stumpfheit gegenüber fremden Leiden."

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.

Auszüge aus der Diskussion

Projektwochen statt Projekttage: In anderen Städten gibt es oft nur Projekttage. Ein mehrtägiges Programm ist dem gegenüber viel nachhaltiger.

Dieter Lünse weist darauf hin, dass ein Problem sei, dass Schule weiterhin ein Herrschaftsinstrument ist und die Politik massiv in sie hineinregiert. In Hamburg gibt es große Veränderungen mit jeder neuen Regierung. Wandel hin zu einem anderen Konfliktverhalten ist aber nur langfristig zu erreichen, in fünf oder zehn Jahren. Das ist auch die Parallele zur Arbeit von Nonviolent Peaceforce.

Runder Tisch zur Gewaltprävention: Nach den eingangs erwähnten Krawallen in der Nähe des Hamburger Hauptbahnhofs hat sich in dem Stadtteil der Runde Tisch getroffen, den das IKM mit aufgebaut hat. Der Tisch befasst sich explizit mit Fragen von Diversität. Die Polizei lud zu dem Treffen ein. Das funktionierte, denn sie war in den Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Salafisten „neutrale" dritte Partei. Eingeladen hatte eine Vertrauensperson aus dem LKA, die durch den runden Tisch die muslimischen Gemeinschaften sehr gut kennt, arabisch spricht und Vertrauen genießt. Der Tisch hat einen Aufruf gegen Gewalt gestartet und dazu eine Pressekonferenz veranstaltet, was dann das Hamburger Abendblatt entsprechend breit gemeldet hat. Auch das passt zu Nonviolent Peaceforce. Und auch folgendes: Es gab eine Information, wonach einer Frau das Kopftuch heruntergezogen wurde, danach hatte sie in der nächsten Meldung (durch SMS, Twitter usw.) schon einen Messerstich bei dem Vorfall bekommen und dann, während der Runde Tisch sich traf, kam eine SMS mit der Frage 'Ist sie tot?', und dann kam die nächste SMS von jemand ganz anderem 'Sie ist tot'. Der Runde Tisch hatte die entscheidenden Personen dabei, Imame, Vorsitzende von Moscheen, den Pastor usw. Sie haben sofort reagiert und dagegen gesteuert. Über SMS und Twitter wurde geantwortet, dass niemand tot sei. Und die benannte Frau wurde auch nicht mit einem Messer verletzt. Die Gerüchte konnten auf diesem Wege gestoppt werden. Verlässliche Quellen gewannen ihre „Autorität" zurück und verdrängten die Paniksituation, in der jede/r bzw. zu viele Menschen nicht recherchierte Meldungen dazu tun.

Zusätzlich wurde bei den Freitagsgebeten und auf den Internetseiten gegen Gewalt aufgerufen.

Projekt Kiezläufer: Die Schüler und Schülerinnen, mit denen das IKM gearbeitet hat, sind von sich aus nicht auf der Straße tätig. Aber es gibt ein Projekt, das aus der Wohnungswirtschaft stammt, die sog. „Kiezläufer". Sie gibt es jetzt schon in vier Stadtteilen, und noch zwei sollen dazu kommen. Es geht dabei darum, dass junge Erwachsene zwischen 21 und 30 als VermittlerInnen auf der Straße tätig sind. Das Projekt hat einen hohen neuen Effekt, weil es eine gute Mischung ist von Zivilgesellschaft, von jungen Menschen, die dort ehrenamtlich diese Arbeit leisten, und über wesentlich mehr Kenntnis verfügen als Sozialarbeiter oder Polizei, weil sie aus diesem Stadtgebiet kommen. Sie erarbeiten sich dann eine Anerkennung als eine positive Autorität. Dabei können sie Verwandtschaftssysteme nutzen und dass sie viele Leute kennen und sie immer wieder treffen. Und trotzdem arbeiten sie in einer Weise, dass sie nicht – und das ist wichtig dabei – Polizei geworden sind. Ebenso wissen sie wie Sozialarbeit funktioniert und senden ihre Ansprechpartner an die entsprechenden professionellen Stellen. So wird Sozialarbeit um eine sogenannte „Geh-Struktur" ergänzt. Die Jugendlichen müssen nicht nur kommen, es gibt zusätzliche Menschen, die auf sie zugehen.

Dieter Lünse ist der Leiter *des* Instituts für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation e.V. Hamburg (www.ikm-hamburg.de).

5. Kritische Rückfragen aus der Perspektive der Entwicklungszusammenarbeit

Bernd Ludermann

Ich habe mich gefragt, warum Sie mich eingeladen haben. Zu meiner Beruhigung haben Sie das getan, gerade weil ich kein Experte für gewaltfreie Konfliktbearbeitung bin. Ich beschäftige mich als Journalist schon ziemlich lange mit Kriegen – hauptsächlich in Afrika, aber als Chefredakteur einer Zeitschrift, die sich mit der ganzen Entwicklungswelt befasst, auch mit vielen anderen. Außerdem habe ich einen weit zurückliegenden persönlichen Bezug zum Thema, weil ich mitgearbeitet habe in EMPSA[18], der Gewaltbeobachtung der Kirchen 1993-94 direkt vor den ersten freien Wahlen in Südafrika. Insofern habe ich eine gewisse Erfahrung und durchaus Sympathie für das Konzept. Ich stehe nicht daneben und sage „das klappt doch alles sowieso nicht".

Ich bin gebeten worden, auf das zu reagieren, was hier gesagt worden ist. Nun habe ich einen Zettel mit vielen Notizen, die ein bisschen ungeordnet sind. Als Erstes muss ich sagen, dass ich beeindruckt bin von dem Beispiel mit den multinationalen Freiwilligen der Nonviolent Peaceforce. Nonviolent Peaceforce (NP) ist gewissermaßen selbst ein Labor für internationale Verständigung, wenn man sich vor Augen führt, dass da Menschen aus Asien, Europa und Afrika zusammenarbeiten.

Trotzdem habe ich eine Reihe von Fragen zu diesem Konzept. Einige sind schlichte Informationsfragen. Andere – und die sind vermutlich interessanter – zielen darauf ab, unter welchen Umständen welche Ansätze was genau bewirken können. Gerade wegen meiner Sympathie für das Konzept halte ich es für wichtig, das nüchtern zu prüfen und keine unrealistischen Ziele zu verkünden.

5.1 Anfragen

1.

Zunächst einmal ist mir nicht ganz klar, ob die Nonviolent Peaceforce und überhaupt die gewaltfreie Konfliktbearbeitung – die Peaceforce ist ja ein Spezialfall davon – sich als Ergänzung oder als Alternative zu anderen Arten von Einwirkungen versteht. Wenn es eine Ergänzung ist – und das scheint mir so zu sein nach dem, was ich über die NP jetzt gehört habe –, dann stellt sich die Frage, wie denn die Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten gestaltet werden soll. Das beginnt bei den Regierungen der Länder, in denen ein Krieg oder Konflikt stattfindet, und reicht über Regierungen, die von außen intervenieren, bis zu internationalen oder nichtstaatlichen Organisationen, die von außen einwirken.

2.

Ein großes Problem bei Interventionen in Kriege und Gewaltkonflikte ist ja, dass häufig viele Seiten eingreifen und dabei unterschiedliche Ziele oder Ansätze verfolgen – selbst wenn sie zusammenarbeiten wollen. Deshalb sind nach meinem Eindruck die Rufe nach der idealen Intervention meist reine Theorie, um nicht zu sagen Wunschdenken. Es gibt stets ausgefeilte Konzepte, wie eine ideale Intervention aussehen sollte. Dazu gehört in der Regel, dass alle Beteiligten am selben Strang ziehen, schon auf Frühwarnungen reagieren und einen langen

[18] Ecumenical Monitoring Programme South Africa, organisiert vom Weltkirchenrat mit der Südafrikanischen Bischofskonferenz und dem Südafrikanischen Rat der Kirchen.

Atem haben sollten. Aber reale Interventionen – ob militärisch oder nicht – sehen nie so aus, weil zwischen den Akteuren, die intervenieren, immer Konflikte oder zumindest unterschiedliche Einschätzungen bestehen, und niemals alle ein gemeinsames Konzept verfolgen. Dazu trägt übrigens bei, dass alle in der Regel auf der Basis unsicherer und unvollständiger Kenntnisse entscheiden müssen. Genau in ein solches Spannungsfeld begeben sich die NP und andere zivile Interventen und müssen damit umgehen. Meine Frage ist, was Sie sich dazu überlegt haben.

3.

Meine zweite Frage ist, ob die Erfolgsaussichten von gewaltfreiem Peacekeeping vom Typ des Krieges abhängen, mit dem man zu tun hat, oder vom Stadium, in dem der Krieg sich befindet. Ich habe verstanden, dass die NP in den Philippinen und in Myanmar, und ursprünglich auch in Sri Lanka, nach einem Friedensschluss tätig wurde. Ich vermute, dass die Phase des Konfliktes einen entscheidenden Unterschied für die Möglichkeiten der gewaltfreien Intervention ausmacht.

4.

Die nächste Frage betrifft die Finanzierung. Wenn europäische Staaten oder auch die UN die NP zum größten Teil finanzieren, versteht sie sich dann als Instrument der Diplomatie, abhängig von diesen Geldgebern, oder als ein unabhängiges Instrument? Wenn ich mich nicht täusche, verstehen sich die Peace Brigades International (PBI) dezidiert als von staatlichen Eingriffen unabhängig, obwohl sie auch vom Zivilen Friedensdienst finanziert werden. Das ist wahrscheinlich auch für die NP der Fall. Wird ihre Unabhängigkeit dadurch beeinträchtigt, dass sie von bestimmten Staaten finanziert wird?

5.

Ich habe mich weiter gefragt, worauf im Konfliktgebiet der Schutz für die Mitarbeitenden von Nonviolent Peaceforce beruht. Schützt sie die Neutralität oder die Tatsache, dass sie AusländerInnen sind? Man könnte sich in manchen Kontexten auch vorstellen, dass das zweite sogar ein Nachteil ist. Wenn Sie zum Beispiel nach Ruanda einen Ostkongolesen schicken oder eine Amerikanerin in denIrak, dürfte das ein Nachteil sein.

6.

Sie haben beschrieben, wie NP zum Beispiel Befehlsketten bei Gewaltakteuren ausfindig macht. Da habe ich mich gefragt, ob das nicht eigentlich nur geht, wenn man Sprach- und Landeskenntnisse hat. Ohne die funktioniert das doch gar nicht.

7.

Eine weitere, grundsätzlichere Frage betrifft die Ebene, auf der gewaltfreie Einwirkung ansetzt. Liam Mahony[19] hat gesagt, dass ausländische Freiwillige in einem Konfliktkontext besonders auf die untere, gesellschaftliche Ebene eines Konfliktes einwirken können, nicht so sehr auf die mittlere und obere – also die politische Führung der Konfliktparteien. Wie verhält sie sich dann zum Einwirken Anderer auf obere Ebenen des Konflikts? Oder versucht sie das selbst zu erreichen? Im Südsudan zum Beispiel nützte die Einwirkung auf die unteren und mittleren Ebenen nicht mehr, als in der Regierung ein offener Konflikt ausbrach. Man muss

[19] Mahony, Liam and Eguren, Luis Enrique (1997) Unarmed Bodyguards. International Accompaniment for the Protection of Human Rights. West Hartford:Kumarian Press

anscheinend eine Verbindung zwischen den verschiedenen Ebenen zustande bringen, wenn man solchen Gewaltausbrüchen vorbeugen oder sie beenden will.

8.

Meine letzte Frage betrifft Rollenkonflikte, die bei der Friedensarbeit häufig auftreten. Wenn Sie sich als neutral verstehen, ist das etwas anderes, als Advocacy-Arbeit zu machen und offen Menschenrechtsverstöße anzuprangern, wie zum Beispiel Human Rights Watch es tut. Beides ist sinnvoll, aber oft kann nicht eine Organisation beides tun. Das eine Extrem ist das Vorgehen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, das mit allen Seiten redet, aber keine dadurch gewonnenen Informationen nach außen gibt – jedenfalls nicht offiziell –, damit es zu allen Seiten den Zugang behält. Das andere Extrem ist das Vorgehen von Human Rights Watch; da wissen alle: Die wollen ihnen auf die Finger gucken, wenn wir etwas zu verbergen haben, sollten wir sie nicht reinlassen. Was ist in diesem Spannungsfeld die Rolle von zivilen PeacekeeperInnen?

Soweit meine Fragen zum Konzept des zivilen Peacekeeping. Ich habe darauf keine Antworten und bin gespannt, was Sie dazu denken.

5.2 Auszüge aus der Diskussion

Zur Arbeit von Nonviolent Peaceforce: In Bezug auf Neutralität ist die Arbeit von NP sehr ähnlich der vom Roten Kreuz. Es geht darum, Konflikte zu deeskalieren, zu verhindern und Menschenrechte zu schützen. NP macht aber keine öffentlichen Erklärungen, ob diese oder jene Menschenrechtsverletzung stattgefunden hat, sondern versucht, direkt auf die Beteiligten einzuwirken, damit diese ihre Praxis verändern. Dabei geht es nicht unbedingt nur um die untere, dritte Ebene, sondern auch Kontakte zur mittleren und oberen Ebene sind vonnöten, wobei NP nicht den Ansatz verfolgt, als Mediator bei der Lösung des Konfliktes mitzuhelfen, sondern sich auf ihr Anliegen, den Schutz von ZivilistInnen, konzentriert. Die anderen Aufgaben müssen in der Tat von anderen geleistet werden, und wo dies nicht oder unzureichend geschieht, beeinflusst dies auch die Arbeit des zivilen Peacekeepings in negativer Weise.

Eine weitere Frage, auf die allerdings nicht weiter eingegangen wurde, bezog sich in allgemeiner Art auf das Thema Parteilichkeit versus Unparteilichkeit. Da es in einem gegebenen Konflikt wahrscheinlich eine Seite gibt, die eine größere Erfolgschance hat, und eine andere, die geringere Erfolgschancen hat, ist dann nicht auch eine „unparteiliche" Intervention letztlich parteiisch, wenn solche Ungleichgewichte bestehen?

Die Frage des Schutzes der eigenen MitarbeiterInnen ist ein sehr wichtiger Punkt in der Arbeit von NP. NP hat strikte Sicherheitsvorkehrungen und führt für alle seine MitarbeiterInnen Sicherheitstrainings durch. Es sind oft auch sehr strikte Regeln, die die Friedensfachkräfte befolgen müssen, um diese Sicherheit zu gewährleisten. Zum anderen gibt es oft einen doppelten Schutzmechanismus. Es sind nicht nur die Internationalen, die die Menschen vor Ort schützen, sondern umgekehrt übernehmen die Menschen vor Ort auch Verantwortung für die Sicherheit ihrer 'Gäste'. Und zum dritten spielt die genaue Kenntnis der Lage vor Ort, die die einheimischen MitarbeiterInnen mitbringen, eine wichtige Rolle.

Ist ziviles Peacekeeping eine Alternative oder eine Ergänzung zu herkömmlichen Interventionen? Diese Frage wurde in der Diskussion immer wieder angesprochen. Deutlich wurde, dass beide Verständnisse in der Runde präsent waren. In der praktischen Arbeit vor Ort, z.B. von Nonviolent Peaceforce, ist ziviles Peacekeeping dann eher eine Ergänzung, sobald es auch andere internationale Interventen gibt. So hat NP z.B. wie erwähnt einen offiziellen Status und Verantwortung für den Schutz von ZivilistInnen innerhalb einer umfassenderen Waffenstillstands-Beobachtungsmission auf den Philippinen. Politisch in unserer Diskussion in Deutschland (oder auch in anderen Ländern) wird oftmals hingegen auch der Cha-

rakter als Alternative zu militärischen Einsätzen hervorgehoben. Dieser Unterschied ist z.B. auch innerhalb von Nonviolent Peaceforce zu beobachten: Während NP sich zu solchen Fragen i.d.R. nicht äußert, nutzen die Mitgliedsorganisationen von NP (die Mitglieder der 'NP Alliance') das Beispiel von NP auch, um ziviles Peacekeeping als Alternative zu Militäreinsätzen zu propagieren. Und in der Tat war ziviles Peacekeeping auch schon mehrfach eine solche Alternative, wenn die Entsendung von UN-Blauhelmen oder anderen bewaffneten Peacekeepern aus unterschiedlichen Gründen nicht in Frage kam. Ein Teilnehmer formulierte auch die These, dass Kooperationen zwischen zivilen und militärischen Peacekeepern auch die Wirkung haben könnte, dass die militärische 'sich zivilisiere'.

Die Frage von Kooperation sollte auch nicht auf die mögliche Anwesenheit internationalen Militärs beschränkt werden. Das Beispiel Kolumbien, wo eine Vielzahl von kirchlichen und nicht kirchlichen Organisationen im Bereich des Schutzes von MenschenrechtsverteidigerInnen tätig sind (u.a. PBI, Pax Christi, Versöhnungsbund), zeigt, welches Potenzial die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren birgt.

Unabhängigkeit ist ungeachtet dieser Fragen ein wichtiges Merkmal der Arbeit von zivilem Peacekeeping. Sein wichtigstes Erfordernis ist, von allen Seiten akzeptiert oder zumindest geduldet zu werden, denn ungleich internationalem Militär kann es seine Präsenz nicht erzwingen. Daraus ergibt sich fast zwangsläufig, dass sich auf keine Seite in einem Konflikt, auch nicht auf die Seite einer Interventionsarmee, gestellt wird.

Gewaltlose Abschreckung? Eine kritische Nachfrage wurde zu dem Konzept der 'gewaltlosen Abschreckung' gestellt. Wo ziviles Peacekeeping auf dem Prinzip beruht, 'die Welt schaut zu', droht man dann letztlich nicht mit internationalen Sanktionen bis hin zu im Extremfall militärischem Eingreifen? Darauf wurde geantwortet, dass dieser Mechanismus der „Abschreckung“ oder „Abhaltung“ gegenüber Gewalttätern schon darauf beruht, dass sie Konsequenzen zu fürchten haben, aber diese Konsequenzen gewöhnlich eher diffus bleiben. In Lateinamerika, wo AktivistInnen von Peace Brigades International[20] dieses Konzept der 'Abschreckung' entwickelt haben, geht es gewöhnlich darum, dass die Todesschwadronen, die MenschenrechtsverteidigerInnen bedrohen, Unterstützung in der Politik haben. Und die PolitikerInnen wiederum sind oftmals abhängig vom guten Willen (und finanzieller Förderung) durch Länder wie die USA.

5.3 Fazit von Bernd Ludermann

Ich möchte nach dieser Diskussion zwei Dinge anmerken. Das erste zum Unterschied zwischen Krieg und sozialer Gewalt. Ich habe nichts zu dem guten Beispiel aus Hamburg gesagt, weil es dort nach meiner Überzeugung um etwas ganz anderes geht als um Peacekeeping in oder nach einem Krieg. Ich halte es für sehr wichtig, diesen Unterschied nicht dadurch zu verwischen, dass man beides unter den Oberbegriff „Gewalt“ subsumiert. Es stimmt zwar, dass alle Gewaltprozesse in manchen Hinsichten vergleichbar sind – es gibt gemeinsame Mechanismen wie den, dass Gewalt Vertrauen zerstört und Feindbilder erzeugt oder festigt. Aber bei Kriegen handelt es sich um politisch organisierte und politisch gesteuerte kollektive Gewalt. Das ist etwas grundsätzlich anderes als Gewalt in der Familie oder zwischen Gruppen von Fußballfans. Es gibt Gemeinsamkeiten, aber wenn man auf Kriege einwirken will, sind die Unterschiede entscheidend. Zugespitzt gesagt: Hier ist Politik gefragt und nicht Sozialpädagogik. Diese kann vielleicht dafür sorgen, dass Gesellschaften sich weniger leicht für Kriege mobilisieren lassen, dass der Sprengstoff geringer ist. Aber Kriege verhindern, eindämmen oder gar beenden kann man damit nicht. Das gelingt nicht ohne legitime politische Institutionen, das heißt die Ebenen 1 und 2 in der Akteurs-Pyramide von John Paul Lederach. Eine

[20] Siehe Mahony & Eguren 1999.

Lehre zum Beispiel aus dem heutigen Südsudan ist, dass manchmal einige wenige mächtige Politiker ganze Gesellschaften in (neue) Gewalt stürzen können.

Damit sind wir bei der zweite Anmerkung: Ich möchte die Eingangsfrage, wie sich das gewaltfreie Peacekeeping zu anderen Formen der Einwirkung und Intervention verhält, noch einmal präziser formulieren. Gewaltfreie Interventionsmöglichkeiten passieren überwiegend auf der gesellschaftlichen Ebene – auf Ebene 3 und, weniger, Ebene 2 in der Akteurs-Pyramide von John Paul Lederach. Wenn man sich hierauf beschränken will, muss man nicht mit Staaten oder auch Kriegsfürsten zusammenarbeiten außer insoweit, dass man im Gastland geduldet wird. Die Arbeit mit Basisgruppen genügt. Aber um Kriege zu beenden und zu verhindern, reicht das wie gesagt nicht, es sind auch Initiativen (von wem auch immer) auf Ebenen 1 und 2 nötig.

Die Frage ist also: Hat gewaltfreies Peacekeeping den Anspruch, auch die oberen politischen Ebenen zu beeinflussen? Wenn nein, dann können gewaltfrei Einwirkende sich von DiplomatInnen, PolitikerInnen und Militärs fernhalten; nur müssen sie dann im Grunde hoffen, dass die irgendwie das Nötige tun, was man selbst nicht kann. Kann gewaltfreies Peacekeeping dann andere Einwirkungen ersetzen?

Wenn man aber auf Ebenen 1 und 2 einwirken will, braucht man eine Vorstellung, wie man das machen will. Sich von der Politik fernhalten geht dann kaum. Müssen sich in dem Fall die Gewaltfreien aktiv und konstruktiv mit Regierungen (und den UN) auseinandersetzen, die jeweils einwirken? Was, wenn die auch militärisch vorgehen? Ist eine UN-Schutztruppe immer entbehrlich? Zu diesen Fragen braucht man eine einigermaßen schlüssige Position, wenn man sich nicht auf Ebene 3 beschränken will.

Bernd Ludermann ist Chefredakteur bei welt-sichten (Frankfurt/M).

6. Ist ziviles Peacekeeping eine Alternative zu Militäreinsätzen?

Winfried Nachtwei

Mit dem Thema des (zivilen) Schutzes vor massiver Gewalt habe ich in verschiedenen Zusammenhängen zu tun gehabt: 1981 in Nordsomalia bei der Arbeit mit „Cap Anamur" in einem Krankenhaus, wo wir ständig mit Opfern des Krieges im Grenzgebiet konfrontiert waren. 1996 beim Besuch des drei Jahre lang belagerten und beschossenen Sarajevo, vormals „Europäisches Jerusalem", Stadt der Winter-Olympiade 1984. Beim Besuch des UN-Ausbildungszentrums in Hammelburg. Als Bundestagsabgeordneter im Unterstützernetz von Peace Brigades International. Ab 2002 bei fast jährlichen Aufenthalten in Afghanistan. Durch die UNAMA-Berichte zu Zivilopfern. 2006 und 2008 bei Besuchen im Ostkongo, wo ich Milizenterror, Massenvergewaltigungen und UN-Peacekeeping erlebte.[21]

Vielen Dank an die Veranstalter, dass Ihr die Akutfrage des (zivilgesellschaftlichen) Schutzes vor Gewalt thematisiert. Allzu oft gibt es da verkürzte Antworten („da hilft nur Gewalt"), aber auch Ausweichen, wenn nur von der Ursachenbekämpfung, nicht von der akuten Gewalt- und Gefahrenabwehr gesprochen wird.

6.1 Grundsätzliches

Schutz vor physischer Gewalt ist die grundlegende Aufgabe von Staaten und internationaler Staatengemeinschaft. Das schlägt sich nieder in Rechtsstaatlichkeit und internationalem Recht.

Ein Rechtsstaat soll und kann nicht omnipräsent sein. Seine Schutzverantwortung, ja Schutzpflicht ist angewiesen auf zivilgesellschaftliche Fundierung, Unterstützung und Wachsamkeit.

Konfliktländer sind gekennzeichnet durch ein unzureichend funktionierendes staatliches Gewaltmonopol, durch umfassende Konflikt- und Gewaltpotenziale und privatisierte Gewalt.

Konflikt- und Gewaltkonstellationen umfassen ein breites Spektrum von Tötungen, Folter, sexuellem Missbrauch, Vertreibungen, Kindersoldaten, Frauenhandel, Inhaftierung und Ermordung von MenschenrechtsverteidigerInnen, Angriffen auf humanitäre HelferInnen, Gewalt gegen Minderheiten, kriminelle Gewalt, Gruppen- und Staatsterrorismus, Post-Conflict-Gesellschaften. Insgesamt leben weltweit ca. 1,5 Milliarden Menschen in Ländern mit wiederholter Gewalt.

Die Bedrohungen für Zivilpersonen sind komplex und dynamisch. Kein einziger (internationaler) Akteur kann allein mit diesen Bedrohungen fertig werden – keiner schafft es alleine.

6.2 Trends

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon betonte, dass Schutz von Menschen ein bestimmender Zweck der UN im 21. Jahrhundert sei.[22]

---

[21] UNAMA-Halbjahresbericht I/2014 zu Zivilopfern in Afghanistan, www.nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&aid=1300 ; Fortschritte im Kongo-Konflikt – wirklich? www.nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&aid=1268

[22] Jüngste Resolution des UN-Sicherheitsrates: "Protection of civilians in armed conflicts" vom 29.8.2014, S/RES/2175(2014)

UN-Peacekeeping entwickelte sich von der Überwachung von Waffenstillständen und dem Auseinanderhalten von Konfliktparteien hin zum breiten Aufgabenspektrum des Peacebuilding (Menschenrechts-Monitoring, verschiedene Aspekte von Staatsaufbau, Schutz vor unmittelbaren Bedrohungen); bei den inzwischen üblichen multidimensionalen Missionen bekommen PolizistInnen und ZivilexpertInnen einen immer höheren Stellenwert. Hier gehören Deeskalation und Gewaltverhütung zu den gefragten Fähigkeiten.

Beim UN-Peacekeeping tauchte die Aufgabe „Schutz von Zivilpersonen" („protection of civilians"/POC) erstmalig 1999 in der UN-Sicherheitsrats-Resolution zu Sierra Leone (UNAMSIL) auf.[23] Dazu haben neben dem Sicherheitsrat und dem Department of Peacekeeping Operations (DPKO) die Personalsteller, die PeacekeeperInnen vor Ort und insbesondere das Gastland beizutragen. Heute umfassen acht der insgesamt 16 UN-Peacekeeping-Einsätze ausdrückliche Mandate zum Schutz der Zivilbevölkerung (z.B. verwundbare Gruppen, Rückkehr von Binnenflüchtlingen). Grunderfahrung bleibt, dass solche Missionen nicht jedermann zu jeder Zeit schützen können. Dafür sind die Einsatzgebiete viel zu groß und die Peacekeeping-Truppen zu klein und wenig beweglich.

Im letzten Jahrzehnt erkannte die Internationale Gemeinschaft zunehmend die Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen beim Schutz von Zivilpersonen.[24] Eine kleine Zahl von Organisationen spezialisierte sich auf den direkten physischen Schutz von Zivilpersonen vor Gewalt und und auf Gewaltminimierung. Der Ansatz heißt Unarmed Civilian Protection (UCP) und UC Protectors (UCPs). Ihre wesentlichen Methoden sind proaktives Engagement, Monitoring, Beziehungsaufbau und Capacity Development. Die UCPs arbeiten

(a) parallel zu internationalen und regionalen Friedensstrukturen und –operationen bei oft überlappenden Mandaten in komplementärer Rolle. UCPs stärken vor allem community-based Schutzkapazitäten, begleiten und unterstützen Mediationsprozesse, identifizieren Schutzbedarf für besonders bedrohte Gruppen;

(b) in einem Umfeld ohne regionale oder internationale Organisationen. Da sie nur auf die Anforderung lokaler Akteure angewiesen sind, können UCPs ggfs. leichteren Zugang zu Konfliktzonen bekommen als regionale oder internationale Organisationen (niedrigschwellig).

In jüngster Zeit sind bei Gruppengewalt bestimmte Trends erkennbar: Entgrenzung und Transnationalität, Entgrenzung „nach unten" (Verselbständigung lokaler Gewaltakteure), Normlosigkeit und Brutalisierung, enorme Rolle sozialer Medien, Inszenierungen für eine Gewaltkommunikation, Vermengung von Organisierter Kriminalität und religiösem Fanatismus, Unberechenbarkeiten, Unansprechbarkeiten (vgl. die ähnlich demonstrative Grausamkeit bei mexikanischen Drogenkartellen, IS, Boko Haram).

2013 war ein Rekordjahr der Gewalt gegen Mitarbeiter von Hilfsorganisationen mit insgesamt 460 Angriffen – nach 240 in 2006, 254 in 2010, 277 in 2012. 34% der Angriffe endeten 2013 mit Toten, 37% mit Verletzten und 29% mit Entführungen. In Afghanistan gab es 81 Angriffe gegen HelferInnen (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 45%), 43 in Syrien, 35 in Südsudan, 17 in Pakistan.

Zugleich sind Konfliktregionen meist „porös". Was aus der Fernsicht oft als geschlossene Gewaltwelt vermutet wird („weshalb man da nichts machen oder nur Militär hinschicken

---

[23] Protection of Civilian, www.un.org/en/peacekeeping/issues/civilian.shtml ;Victoria Holt, Glyn Taylor, Protecting Civilians in the Context of UN-Peacekeeping Operations – Successes, Setbacks and Remaining Challenges, hrg. vom DPKO + OCHA, New York 2009

[24] Strengthening Civilian Capacities to Protect Civilians – A joint UNITAR-NONVIOLENTPEACEFORCE Online Course, UN Institute for Training & Research (UNITAR) + Nonviolent Peaceforce (NP), Genf/Brüssel, www.unitar.org , www.nonviolentpeaceforce.org/sites/nonviolentpeaceforce.org/files/attachments/UCP_brochure_final.pdf

kann") ist vor Ort meist ein vielscheckiges Nebeneinander unterschiedlicher Konfliktintensitäten, von Kriegszonen und „Friedensinseln" verschiedener Grade.

6.3 Stärken und Leistungen von zivilem Peacekeeping

Erste Voraussetzung von wirksamem zivilem Peacekeeping (ZPK) sind genaue Kontextanalysen und grundsätzlich erreichbare/ansprechbare Gewaltakteure (über staatliche Autoritäten und Machthaber mit Sensibilität für internationalen Druck; nationale Befehlsketten; partielle Interessen- und Normennähe). Angesichts des lokalen Charakters vieler Konflikte sind die einmaligen lokalen Zugänge von ZPK ein enormer Vorteil. Am vorgeführten Film zu der Nonviolent Peaceforce auf den Philippinen wurden die Stärken des ZPK sehr deutlich: die Boden- und Konfliktnähe, Vertrautheit mit Akteuren, lokale Zugänge.

Peace Brigades International („Raum für Frieden schaffen") arbeitet z.Z. in Guatemala, Kolumbien, Mexiko, Honduras, Kenia und Indonesien, früher auch in El Salvador, Haiti, Nordamerika, Balkan, DR Kongo, Sri Lanka, Nepal. Nonviolent Peaceforce z. Z. im Mittlerem Osten (Trainings für zivilgesellschaftliche Aktivisten aus Syrien), Myanmar, Philippinen, Südkaukasus und Südsudan.

Möglich und wirksam ist ZPK sogar in Umfeldern krasser krimineller Gewalt. In Kolumbien gibt es von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission anerkannte „humanitäre Zonen", in die keinerlei bewaffnete Einheiten Zutritt haben. Am 8.10.2014 brachte die taz eine Reportage über die „humanitäre Zone" im Hafenviertel von Buanaventura, einer der gefährlichsten Städte Kolumbiens.[25]

Solche Beispiele verweisen auf ein enormes Potenzial des ZPK.

Ein enormer Vorteil von ZPK betrifft die Kosten, Nebenfolgen und mögliche „Kollateralschäden". Letztere sind auch beim ZPK nicht auszuschließen, aber Welten entfernt von dem Schaden, den unverhältnismäßige und Rechtsstaatlichkeit verletzende Militär- und Polizeieinsätze anrichten können.

Dem ZPK nahestehende Aktivitäten sind Risikomanagement und Schutz von humanitären HelferInnen und EntwicklungshelferInnen. Beispielhaft dafür steht seit November 2008 das Projekt „Risikomanagement" der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag des Auswärtigen Amts und Entwicklungsministeriums (BMZ). Einbezogen in das Risikomanagement sind neben den GIZ-MitarbeiterInnen die KfW Entwicklungsbank, die Friedrich-Ebert-, Konrad-Adenauer- und Heinrich-Böll-Stiftung, der Dt. Akademische Austauschdienst und die Zentralstelle für Auslandsschulen. Pilotprojekt ist das Risk Management Office in Afghanistan. Nach allem, was ich bisher davon hörte, hat sich das RMO bisher in dem besonders gewaltträchtigen Umfeld Afghanistan hervorragend bewährt.[26]

Sehr spannend ist schließlich die Arbeit der 2000 gegründeten NRO „Geneva Call": Sie engagiert sich für die Beachtung internationaler humanitärer Normen bei bewaffneten Konflikten durch bewaffnete nichtstaatliche Akteure (BNSA) – insbesondere im Hinblick auf den Schutz von Zivilbevölkerung (Verbot von Antipersonenminen, Schutz von Kindern, Schutz vor sexueller Gewalt und Geschlechterdiskriminierung). Seit Gründung gab es Dialoge mit 90 BNSA und es wurden Tausende Anführer und Mitglieder von BNSA für internationale humanitäre Normen sensibilisiert. 51 unterzeichneten Verpflichtungserklärungen (43 zu Antipersonenminen, 9 zum Schutz von Kindern, 7 zum Verbot sexueller Gewalt). Insgesamt sollen die Verpflichtungserklärungen gut eingehalten worden sein.[27]

---

[25] Wolf-Dieter Vogel, Das Schlachthaus hat geschlossen, TAZ 8.10.2014

[26] Sicher und effektiv Wiederaufbauarbeit leisten, hrg. vom Country Risk Management Office Kabul, Dezember 2011, www.giz.de/de/downloads/giz2011-wiederaufbau-afghanistan-de.pdf

[27] www.genevacall.org

6.4 Alternative zu Militäreinsätzen?

Ja und nein!

Es gibt viele Szenarien von Gewalt, wo ZPK die einzige Option ist, wo rechtsstaatliche und militärische Akteure nicht wirken können oder wollen. Personenbezogener Schutz vor physischer Gewalt kann von ZPK, Polizei und Sicherheitsdiensten, am wenigsten/gar nicht von Militär geleistet werden.

Es gibt andere Szenarien, wo ZPK komplementär zu anderen Sicherheitsakteuren wirken kann. Das gilt insbesondere für UN-Peacekeeping, Akteure auf den Feldern Rule of Law und Sicherheitssektorreform. Nonviolent Peaceforce und Peace Brigades International praktizieren einen solchen komplementären Ansatz.

Gegenüber bestimmten Konfliktkonstellationen und Gewaltpotenzialen stößt ZPK an Grenzen, ist ZPK keine „Globalalternative" zu anderen Sicherheitskräften, zu Polizei und Militär: militärischer Sachverstand ist schon nötig (und risikomindernd) bei der Überwachung von Waffenstillständen und Rüstungskontrolle („open skies"), bei Entwaffnungen und Sicherheitstrainings für Konfliktgebiete, bei Sicherheitssektorreformen. Militärische Fähigkeiten können notwendig sein in Extremfällen von großräumiger und organisierter Massengewalt, zur Großgefahrenabwehr.

6.5 Zusammenfassung

Der Ansatz des zivilen Peacekeepings hat großes friedens- und sicherheitspolitisches Potenzial und verdient viel größere Beachtung und Unterstützung. Bezogen auf die Ausgangsfrage, ob ZPK eine Alternative zu Militäreinsätzen sei, meine ich: Es kommt ganz darauf an. Es ist abhängig von der räumlichen Ausdehnung, von der Intensität und Organisiertheit von Gewaltkonflikten und dem Grad der Ansprechbarkeit ihrer Akteure. Entscheidend ist aber immer, genauer hinzusehen, vor allem Chancen und Potenziale zu identifizieren und zu nutzen.

Vorsicht ist geboten vor Machbarkeitsillusionen, gar Alleinvertretungsansprüchen. Die wirken nur kontraproduktiv.

Winfried Nachtwei, Jg. 1946, Münster, Gründungsmitglied des Bundes für Soziale Verteidigung, Mitglied des Bundestages und des Verteidigungsausschusses + Unterausschuss Abrüstung 1994-2009 (sicherheitspolitischer Sprecher).Heute Co-Vorsitzender des Beirats Zivile Krisenprävention beim Auswärtigen Amt, Mitglied im Beirat Innere Führung beim Verteidigungsministerium (Leiter AG Einsatzrückkehrer und –folgen), im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie", der AG „Gerechter Friede" bei Justitia et Pax, der Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr", Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden der Grünen (Gründungsmitglied); Publikationen unter www.nachtwei.de

7. Wie hört sich das Konzept für eine Abgeordnete an?

Ute Finckh-Krämer

Da ich nicht nur Bundestagsabgeordnete, sondern auch BSV-Vorsitzende und Pazifistin bin, bin ich keine typische Abgeordnete. Ich habe die Fragestellung daher in einen allgemeineren Rahmen eingebettet und stelle aus meinen Erfahrungen im ersten Jahr im Bundestag dar, welche Fragen sich Abgeordnete typischer Weise stellen, denen ein für sie neues Konzept vorgestellt wird, und für wen unter den Abgeordneten des Deutschen Bundestages unter Berücksichtigung dieser Fragen das Konzept Ziviles Peacekeeping interessant sein könnte.

Welche Fragen stellen sich also Abgeordnete, denen ein für sie neues Konzept vorgestellt wird?

1. Verstehe ich innerhalb von maximal 10 Minuten, worum es geht? Wenn – wie es Christine Schweitzer zu Beginn unseres Fachgesprächs gemacht hat – eine klare, verständliche Definition an den Anfang gestellt wird, lässt sich diese Frage mit ja beantworten.
2. Ist mir das Grundanliegen sympathisch? Knüpft es vielleicht an ein früheres oder aktuelles eigenes Engagement außerhalb meiner Partei oder meiner Abgeordnetentätigkeit an, entspricht es Grundwerten meiner Partei oder meiner Religionsgemeinschaft an, die mir wichtig sind? Gewaltfreiheit und der Schutz von Menschen vor Gewalt sind Werte, die bei vielen, vermutlich sogar fast allen Bundestagsabgeordneten positiv besetzt sind.
3. Ist das Konzept mit dem Grundsatzprogramm meiner Partei vereinbar? Das lässt sich für alle im Bundestag vertretenen Parteien bejahen.
4. Im Falle von Regierungsparteien: Ist das Konzept mit dem Koalitionsvertrag/Regierungsprogramm vereinbar? Auch das ist unproblematisch – Stärkung von zivilen Instrumenten ist im aktuellen Koalitionsvertrag enthalten.
5. Erscheint das Konzept realistisch, gibt es bereits erfolgreiche Projekte, wer hat es bereits unterstützt oder unterstützt es aktuell? Insbesondere: Lässt sich seine Wirksamkeit belegen? – Die Beispiele aus der Arbeit der Nonviolent Peaceforce und anderer Organisationen, die auf der Fachtagung genannt wurden, und die finanzielle Unterstützung durch die EU und das Förderprogramm zivik des Auswärtigen Amtes sind da gute Argumente.
6. Gibt es für mich vertrauenswürdige Gruppen oder Personen, die das Konzept unterstützen? – Manche Abgeordnete aus den Oppositionsparteien oder der SPD vertrauen z.B. auf die Expertise von Friedensforschungsinstituten.
7. Liefert das Konzept einen Beitrag zur Lösung von Problemen, deren Lösung mir/meiner Partei am Herzen liegen bzw. deren Lösung öffentliches Ansehen bringen könnte? Der erste Teil dürfte von vielen Abgeordneten bejaht werden, der zweite bisher eher nicht. Wobei es im Zweifelsfall wichtig ist, dass nicht der Eindruck entsteht, dass Ziviles Peacekeeping alle Gewaltprobleme dieser Welt lösen kann – solche Behauptungen machen misstrauisch.
8. Gibt es benachbarte Probleme, die mit benachbarten Konzepten gelöst werden können und deren Lösung mir wichtig ist? – Die von Dieter Lünse dargestellten Parallelen

zur gewaltverhindernden Arbeit in Deutschland können Abgeordnete neugierig machen, die in ihren Wahlkreisen ähnliche Probleme wie in Harburg-Süd haben.

9. Ist die Umsetzung des Konzeptes finanzierbar, gibt es insbesondere Titel des Bundeshaushaltes, die für erste Umsetzungsschritte herangezogen werden können, ist es realistisch, dass die Bundesregierung dafür Mittel in ihrer Finanzplanung vorsieht? Da werden verschiedene Abgeordnete zu verschiedenen Einschätzungen kommen.
10. Kriege ich Ärger, wenn ich das Thema aufgreife, und, wenn ja, mit wem: mit für mich relevanten oder irrelevanten Gruppen? Für Abgeordnete, die sich als staatstragend begreifen, ist möglicher Ärger mit Bundeswehrlobbyisten relevant, während sie eventuelle Angriffe der Antiimperialistischen Linken getrost ignorieren würden. Für Abgeordnete der Linken sieht es anders aus.
11. Hat das Konzept einen Bezug zu meinen Schwerpunkten als Abgeordnete(r) – also zu meinen fachpolitischen Schwerpunkten oder zu einer Parlamentariergruppe, in der ich mich engagiere? – Für Mitglieder des Unterausschusses Zivile Krisenprävention, aber auch für manche Entwicklungs- oder MenschenrechtspolitikerInnen sowie für Mitglieder von Parlamentariergruppen für Länder oder Regionen, in denen Ziviles Peacekeeping schon eingesetzt wurde oder sich gut einsetzen ließe, lässt sich das bejahen.
12. Ist das Konzept schon durch eine andere Partei „besetzt"? – Bisher nicht – und es gibt gute Chancen, dass das so bleibt, wenn es gelingt, parallel Abgeordnete aus verschiedenen Parteien damit in Kontakt zu bringen.
13. Interessiert das Konzept kurz- oder mittelfristig für mich relevante WählerInnen? – Bisher wohl für die meisten Abgeordneten nicht – aber das Beispiel Rüstungsexporte zeigt, dass es durchaus gelingen kann, friedenspolitische Themen wahlkampfrelevant zu machen.
14. Wie viel Zeit kostet es mich und mein Team, mich für das Konzept einzusetzen? Muss ich damit rechnen, dass der Arbeitsaufwand mit der Zeit wächst/ich vereinnahmt werde?
15. Wird von mir verlangt, grundlegende Überzeugungen radikal in Frage zu stellen? – Das ist für Abgeordnete noch schwieriger als für Menschen, die nicht im Licht der Öffentlichkeit stehen.
16. Passt das Konzept zu meinem persönlichen Profil? – Wer „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" zu seinen Werten zählt, ist eher ansprechbar als jemand, der als kompromissloser Kämpfer für Recht und Ordnung wahrgenommen werden will.
17. Kann ich mich mit dem Konzept in der Öffentlichkeit profilieren? – Das ist auf absehbare Zeit eher unwahrscheinlich.
18. Knüpft das Konzept an meinen persönlichen Erfahrungen an? – Das lässt sich für Abgeordnete bejahen, die in Konfliktregionen ZFD-Projekte besucht oder PBI-Freiwillige kennen gelernt haben, die Anti-Gewaltprojekte aus ihren Wahlkreisen oder aus ihrem persönlichen Umfeld Friedensfachkräfte kennen.

Abgeordnete erwarten eine gewisse Ehrlichkeit. Sie werden regelmäßig mit verschiedenen Gruppen von Lobbyisten im weitesten Sinne konfrontiert, die ihnen versichern, dass ihr jeweiliges Konzept das einzige ist, das ein gegebenes Problem lösen kann. Sie haben weder Zeit noch – wenn es nicht ihr absolutes Spezialgebiet ist – Lust, den Widerspruch zwischen sich widersprechenden Lösungen für ein- und dasselbe Problem aufzulösen. Sie brauchen ehrliche Antworten über die Grenzen eines Konzeptes, und sie wollen nicht in die „Gutmenschenfalle" geraten. Sie stellen – das haben sie in Ausschusssitzungen reichlich geübt - mindestens so kritische Fragen wie Bernd Ludermann in seinem Beitrag beim Fachgespräch. Und sie erwarten – wie in den Ausschusssitzungen – Antworten.

Nach meiner Einschätzung erfordert es also eine gewisse Vorbereitung und Anstrengung, Abgeordnete, die nicht wie Kathrin Vogler und ich BSV-Mitglieder sind, für das Konzept ziviles Peacekeeping zu interessieren, aber unmöglich ist es nicht.

Dr. Ute Finckh-Krämer ist langjährige Vorsitzende des BSV und seit 2013 Mitglied im Deutschen Bundestag für die SPD.

8. Die Positionen der Kirchen

Theodor Ziegler

Vorbemerkung: Als Religionslehrer in der Evangelischen Landeskirche und Mitglied des Friedensarbeitskreises im Kirchenbezirk Breisgau-Hochschwarzwald spreche ich nicht für *die* Landeskirche, sondern als jemand, der sich mit anderen zusammen in der Kirche um eine Neuorientierung der Friedensethik bemüht.

8.1 Kirchliche Friedensethik – ein Veränderungsprozess

1. Nach dem Streit um die Wiederbewaffnung in den 1950er Jahren und der Komplementaritätsformel vom „Friedensdienst mit und ohne Waffen" hatte die Evangelische Kirche (1957) ihren Frieden mit dem Militär via Militärseelsorge gemacht.

2. In der EKD-Denkschrift 2007 „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen" wird die vorrangige Option der Gewaltfreiheit betont bei gleichzeitigem Festhalten an der militärischen Option als *ultima ratio,* wobei das damalige Mitglied der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung, Bundeswehrgeneral Klaus Wittmann, bei einer EKD-Konferenz 2013 zu R2P (Schutzverantwortung) in Berlin betonte, dass *ultima* nicht zeitlich das *letzte*, sondern das *äußerste* Mittel bedeute, das erforderlichenfalls auch sehr früh zum Einsatz kommen müsse, um wirksam zu sein.

3. Friedensethischer Diskussionsprozess in der Evangelischen Landeskirche in Baden 2011-2013 mit u.a. folgenden Beschlüssen:

- Überarbeitung der EKD-Denkschrift von 2007 in Richtung eindeutigerer Option für die Gewaltfreiheit
- genuine friedensethische Qualifizierung kirchlicher MitarbeiterInnen
- Alternativenentwicklung: Ausstiegsszenario aus dem Militär, *just policing*

4. Afghanistan-Stellungnahme der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung vom 27.1.2014:

- Dissensformulierungen in Bezug auf Legitimität und Sinnhaftigkeit des Einsatzes
- Evaluationsforderung
- Kritik an der Eigendynamik des militärisch-industriellen Komplexes

5) Militärbischof Sigurd Rink fordert aktuell angesichts von ISIS und des Ukrainekonfliktes eine Überarbeitung der EKD-Denkschrift 2007, die diesen veränderten Rahmenbedingungen Rechnung trage.

8.2 Peacekeeping durch Personen-Begleitung – Anknüpfungspunkte bei der EKD bzw. Gliedkirchen

<u>1. EKD-Denkschrift 2007</u>

- NGOs, die sich für Menschenrechte einsetzen, brauchen wirksame finanzielle Ausstattung, ohne sich in Abhängigkeit zu begeben (Zif.152);
- national und international Rechenschaft ablegen zur Legitimierung der Tätigkeit (Zif. 152);
- Bundestag habe mehrfach die Bedeutung ziviler Konfliktbearbeitung unterstrichen – Aktionsplan der Bundesregierung von 2004 „Zivile Krisenprävention, Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung" (Zif. 175);

- unter „Maßnahmen zur Deeskalation gewaltförmiger Konflikte“ wird die „Begleitung gefährdeter Personen, Dialoge mit Konfliktparteien“ direkt benannt.

Allerdings wird auch kritisiert: „*Noch kann nicht davon die Rede sein, dass sich die politische Gesamtausrichtung von der zivilen Konfliktbearbeitung leiten lässt*“ (Zif. 177); auch ist die Erkenntnis des Problems vorhanden: „*Zivile Konfliktbearbeitung kann, soviel ist sicher, nur dann gelingen, wenn sie nicht in erster Linie als Reparaturaufgabe verstanden wird, sondern als vorrangiges politische Handlungsprinzip und als Querschnittsaufgabe.*“ (Zif. 183). Auch wird kritisiert, dass gerechter Friede in der globalisierten Welt den Ausbau der internationalen Rechtsordnung voraussetze, diese müsse „*dem Vorrang ziviler Konfliktbearbeitung verpflichtet sein*“.

2. Beschluss der Landessynode der Evangelischen Kirche in Baden am 24.10.2014

„*3. Die Evangelische Landeskirche in Baden fördert Konfliktprävention und zivile Konfliktbearbeitung durch die Ausbildung von Fachleuten in konstruktiver Konfliktbearbeitung und Entsendung von badischen Friedensfachkräften in andere Länder. Dies soll in Zusammenarbeit mit internationalen Partnerkirchen und ökumenischen Organisationen geschehen, z. B. durch:*

- *Übernahme von Patenschaften für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zivilen Friedensdienstes, um eine Identifikation mit dem „Zivilen Friedensdienst“ zu befördern.*
- *Vortragsrundreisen von ZFD-Leistenden in der Landeskirche (Aktion „Zivil statt militärisch“)*
- *Unterstützung von Gruppen, die auf gewaltfreien Wegen Änderungen in Diktaturen und Bürgerkriegsländer anstreben*
- *Gründung von Patenschaften mit Kirchengemeinden in Krisengebieten.*

Die Programme ‚Jugendliche werden Friedensstifter‘ und ‚Freiwilliger ökumenischer Friedensdienst‘ sollen weitergeführt und andere friedenspädagogische Angebote entwickelt werden.“

3. Kurhessen-Waldeck Friedenspapier vom 5.9.2014 an alle Kreissynoden

Unter „2. Friedensfachkräfte für das In- und Ausland ausbilden“ heißt es:

„*Wir empfehlen außerdem, dass sich möglichst viele Menschen zu Friedensfachkräften für den Einsatz im In-und Ausland z. B. durch den Verein ‚Gewaltfrei handeln‘ ausbilden lassen, der im Gebiet unserer Landeskirche seinen Sitz hat und sowohl Kurse zur zivilen Konfliktbearbeitung als auch die Ausbildung zur Friedensfachkraft auf der Grundlage einer christlichen Spiritualität durchführt. Wir regen an, dass die Landeskirche jedes Jahr zwei Ausbildungsplätze für Gemeindeglieder aus der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck finanziert.*“

8.3 Konkretionen

a) Damit sich eine Friedenspolitik entwickeln kann, braucht sie eine über das Vorhandene hinausreichende Zielsetzung: Es bedarf klarer Visionen über eine entmilitarisierte Welt und eine mögliche Vorreiterrolle durch ein sich entmilitarisierendes Deutschland. Gerade die Friedensbewegung und –forschung sollte sich dieses Nachdenken nicht verbieten, sondern zu Eigen machen und analog zum Atomausstieg über einen Militärausstieg sprechen. Das zivile Peacekeeping ist bereits heute die Praxis einer anzustrebenden zivilen Friedenspolitik.

b) Entgegen dem aktuellen Militarisierungstrend sollten die Kirchen bei ihrem Wort genommen werden, um sich für einen Stufenplan der sukzessiven Ausweitung der finanziellen Förderung des zivilen Peacekeepings (Peace Brigades International und Nonviolent Peaceforce u.a.) stark zu machen. Auch für NichtpazifistInnen ist dies anschlussfähig.

c) Zur Förderung der zivilen Bewusstseinsbildung sollte für das Informationsprogramm durch RückkehrerInnen dieselbe Unterstützung gefordert werden, wie sie derzeit den Jugendoffizieren zur Verfügung steht.

d) Damit sich die staatliche Sicherheitspolitik zu einer Friedenspolitik weiterentwickeln kann, bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen, an den Menschenrechten *aller* Menschen orientierten Debatte. Insbesondere die Selbstreflexion über den deutschen bzw. westlichen Anteil an den aktuellen Konflikten muss gefördert werden. Solange diese Einsicht fehlt, wird sich der Wechsel von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik nicht ereignen. Hierzu könnten die Kirchen durch ihren ökumenischen Horizont wichtige Impulse geben.

Theodor Ziegler ist Religionslehrer in der Evangelischen Landeskirche und Mitglied des Friedensarbeitskreises im Kirchenbezirk Breisgau-Hochschwarzwald.

9. Ausblick

Christine Schweitzer

In dem Fachgespräch wurde, wie auch bei einigen Gesprächen mit PolitikerInnen, die der BSV in den letzten Monaten führen konnte, deutlich, dass das Konzept des Zivilen Peacekeepings das Potenzial hat, in der Politik und gesellschaftlichen Institutionen auf Interesse zu stoßen. Es bietet eine Antwort auf ein Problem, das allgemein anerkannt ist – die Bedrohung von Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten. Besonders das Beispiel von Nonviolent Peaceforce zeigt, dass es praktikabel ist und nicht nur reine Theorie. Es ist bezahlbar. Und es verlangt – anders als z.B. das Konzept der Sozialen Verteidigung – keine vorhergehende grundlegende Abkehr von jeder militärischen Option, um es anzuwenden. Aus pazifistisch-gewaltfreier Sicht mag diese letzte Feststellung zum Vorwurf gegen das Konzept werden, aus pragmatischer Sicht ist es eine Stärke. Auch das Kriterium, ob es respektierte Institutionen gibt, die dem Instrument vertrauen, erfüllt Ziviles Peacekeeping zumindest ansatzweise: Projekte des Zivilen Peacekeepings werden von verschiedenen Regierungen, der EU und den Vereinten Nationen (mit-)finanziert, die UN hat einen e-learning-Kurs zu dem Konzept gemeinsam mit Nonviolent Peaceforce erarbeitet (UNITAR) und Nonviolent Peaceforce hat einen offiziellen Status innerhalb eines umfassenderen Waffenstillstands-Überwachungs-Mechanismus auf den Philippinen.

Eine recht große Rolle in dem Fachgespräch spielte die Frage, ob Ziviles Peacekeeping Ergänzung oder Alternative zu militärischen Einsätzen sei. Die empirische Antwort darauf lautet: Es kann beides sein. Wir haben Fälle – und zwar insbesondere die in den Beiträgen angesprochenen Beispiele der internationalen staatlichen Kosovo Verification Mission der OSZE und der Truce / Peace Monitoring Group von vier pazifischen Staaten in Bougainville (Papua-Neuguinea), wo es explizit und bewusst als Alternative eingesetzt wurde, weil aus unterschiedlichen Gründen die Entsendung von Militär nicht in Frage kam. Wenn ein Projekt zivilen Peacekeepings von einer Nichtregierungsorganisation durchgeführt wird, dann stellt sich die Frage natürlich anders, weil eine NRO keinen unmittelbaren Einfluss darauf hat, welche anderen Interventionen parallel zu ihrer Tätigkeit stattfinden. Hier stellt sich die Frage von „Ergänzung oder Alternative" in drei Kontexten: der Projektkonzipierung (kann ich oder will ich in Land X gehen, obwohl dort eine militärische Peacekeeping-Mission agiert?), der Projektbeendigung (gehe ich, sofern eine solche Mission zwischenzeitlich beschlossen wird und in das Land kommt?), und zum dritten in der praktischen Projektumsetzung (welches Verhältnis strebe ich zu der militärischen Mission an?). Diese letzte Frage stellt sich natürlich genauso in Bezug auf das in jedem Fall präsente nationale Militär. Strebe ich eine Kooperation an – zum Beispiel, wende ich mich an das Militär, wenn ich erfahre, dass bestimmte terroristische oder kriminelle Gruppierungen in der Gegend operieren? Nutze ich seine Dienste, z.B. um entführte Kindersoldaten zu befreien? Akzeptiere ich bewaffnete Eskorten, wenn sie Bedingung dafür sind, in bestimmte abgesperrte Gebiete hineinzukommen? Diese Art Fragen gibt es noch viele, und Organisationen des Zivilen Peacekeepings haben unterschiedliche Antworten auf sie gefunden, wobei allen wohl gemein ist, dass sie eine gewisse Distanz zu jeder bewaffneten Macht halten wollen und müssen, um ihre Unparteilichkeit nicht zu gefährden.

Eine oft gestellte Frage ist die nach einem Nachweis der Wirkungsmächtigkeit Zivilen Peacekeepings. Dies ist eine Frage nach Ergebnissen von Evaluation. Es gibt verschiedene vergleichende Studien, die sich u.a. auch mit der Frage nach Wirkung der Arbeit von NROn in dem Feld befassen (z.B. Mahony 2006 oder Coy 1997). Zur Arbeit von Nonviolent Peaceforce gibt es etliche Evaluationen (Sri Lanka, Philippinen Südsudan) und andere Studien.[28] Sie können an

[28] Z.B. Furnari 2014.

dieser Stelle nicht abschließend zusammengefasst werden, aber so viel kann doch gesagt werden: Ziviles Peacekeeping kann ein effizientes Instrument sein, Menschen vor Gewalt zu beschützen, aber es hat auch seine Grenzen. Auf keinen Fall darf – darauf wurde auch in der Diskussion in Berlin mehrfach hingewiesen – der Eindruck erweckt werden, dass ziviles Peacekeeping ein ‚Allheilmittel' für alle Gewaltsituationen sei. Wenn bewaffnete Parteien entschlossen sind, zu kämpfen, können die zivilen PeacekeeperInnen sie genauso wenig daran hindern, wie es traditionelle militärische PeacekeeperInnen können. Über Erzwingungsgewalt verfügen sie nicht. Das bedeutet nicht, dass Ziviles Peacekeeping sinnvoll nur vor massiver Eskalation oder nach einem Waffenstillstand sinnvoll zum Einsatz kommt. Es gibt auch Szenarien, gerade wenn es sich um langanhaltende Konflikte mit recht niedrigem Gewaltniveau handelt, wo Zivile PeacekeeperInnen auch während eines Krieges nützliche Dienste leisten können. Nonviolent Peaceforce hat dies in seinen Projekten in Sri Lanka, Philippinen und Südsudan zu Genüge bewiesen.

Der Bund für Soziale Verteidigung wird seine Arbeit an dem Konzept des Zivilen Peacekeepings fortsetzen. Es ist geplant, in einer Lobbykampagne, die zunächst bis 2016 terminiert ist, das Konzept in Öffentlichkeit und Politik bekanntzumachen. Hoffnungen richten wir dabei auch auf die großen Kirchen in Deutschland. Sie befinden sich derzeit in einem friedensethischen Diskussionskontext, der von der Evangelischen Landeskirche Baden angestoßen wurde (s. den Beitrag von Theodor Ziegler). Wichtig ist dabei aber auch, so wurde es auch in der Diskussion im Fachgespräch festgehalten, nicht nur auf die Kirchenleitungen oder die Friedensbeauftragten zu setzen, sondern zu versuchen, Wege zu finden, die Debatte in die Gemeinden zu tragen. Anknüpfungspunkte für solche Arbeit könnten z.B. Patenschaften für Friedensfachkräfte sein, eine Einladung örtlicher Bundestagsabgeordneter oder eine Verbindung mit dem virulenten Thema Flucht und Fluchtursachen.

Auch in 2015 wird sich unser Fachgespräch im Herbst mit dem Thema befassen; dieses Mal unter einer mehr wissenschaftlichen Perspektive. Der voraussichtliche Termin ist der 10. Oktober 2015.

Wichtige Literatur

Büttner, Christian W. (1995) *Friedensbrigaden: Zivile Konfliktbearbeitung mit gewaltfreien Methoden*. Münster:Lit Verlag

Coy, Patrick G. (1997) *Protecting Human Rights: The Dynamics of International Nonviolent Accompaniment by Peace Brigades International in Sri Lanka*. UMI Dissertation Services

Furnari, Ellen (2014) *Understanding effectiveness in peacekeeping operations: Exploring the perspectives of frontline peacekeepers*. Dissertation

Inter-Agency Standing Committee (2002) *Growing the Sheltering Tree – Protecting Rights Through Humanitarian Action*. PDF/Web version. [Online] bei http://www.icva.ch/doc00000717.html [25.8.2009]. Geneva: UNICEF

International Committee of the Red Cross (2008) *Enhancing Protection for Civilians in Armed Conflict and Other Situations of Violence*. [Online]: http://www.icrc.org/Web/Eng/siteeng0.nsf/htmlall/section_publications_protection?OpenDocument (25.8.2009)

Mahony, Liam (2006) *Proactive Presence. Field Strategies For Civilian Protection*. Geneva: Henry Dunant Centre for Humanitarian Dialogue. [Online]: http://www.hdcentre.org/publications/> [10.9.2008]

Mahony, Liam & Eguren, Luis Enrique (1997) *Unarmed Bodyguards. International Accompaniment for the Protection of Human Rights.* West Hartford:Kumarian Press
deutsch: *Gewaltfrei stören – Gewalt Verhindern*. Rotpunktverlag, Zürich 2002

Moser-Puangsuwan, Yeshua & Weber, Thomas (Hrsg.) (2000) *Nonviolent Intervention Across Borders. A Recurrent Vision.* Honolulu: Spark M. Matsunaga Institute for Peace

Müller, Barbara (2004) *Balkan Peace Team 1994-2001. Mit Freiwilligenteams im gewaltfreien Einsatz in Krisenregionen*. Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen: Braunschweig
englisch: *The Balkan Peace Team 1994-2001. Nonviolent Intervention in Crisis Areas with the Deployment of Volunteer Teams*. Stuttgart: ibidem Verlag

Sartor, Linda (2014) *Turning Fear Into Power. One Woman's Journey Confronting the War on Terror.* Mt Shasta: Psychosythesis Press

Schirch, Lisa (2006) *Civilian Peacekeeping. Preventing Violence and Making Space for Democracy.* Uppsala: Life and Peace Institute

Schweitzer, Christine (Hrsg.) (2010) *Civilian Peacekeeping – A Barely Tapped Ressource*. Arbeitspapier Nr. 23, Institute for Peace Work and Nonviolent Conflict Transformation. Vehrte: Sozio-Publishing. [Online]: http://www.ifgk.de/oben/publikationen_all8.htm

Schweitzer, Christine, Howard, Donna, Junge, Mareike, Levine, Corey, Stieren, Carl and Wallis, Tim (2001) *Nonviolent Peaceforce Feasibility Study*. Minneapolis. [Online]: http://www.nonviolentpeaceforce.org/nonviolent-peaceforce-feasibility-study

Slim, Hugo and Eguren, Luis Enrique (2004) *Humanitarian Protection. A Guidance Booklet*. Pilot Version, ALNAP, Online: http://www.alnap.org/alnappubs.html

2015 werden erscheinen:

Ellen Furnari, Case Studies Nonviolent Peaceforce (IFGK-Arbeitspapiere)

Eine Ausgabe der us-amerikanischen Zeitschrift „Peace Review" zu „Unarmed Civilian Peacekeeping", Herausgeberinnen: Rachel Julian und Christine Schweitzer (http://www.usfca.edu/artsci/peace_review/)